

15

Sitzung des engeren Parteivorstands

Bonn, 6. Juli 1960

Sprecher: Adenauer, Blank, Blumenfeld, Dufhues, Etzel, Fricke, Gerstenmaier, von Hassel, Höcherl, Katzer, Kraske, Krone, Scheufelen, Schröder, Stoltenberg.

Bericht zur Lage. Krankenversicherungsgesetz. Wahlgremium.

Beginn: 16.10 Uhr

Ende: 20.10 Uhr

Adenauer eröffnet die Sitzung und begrüßt die Erschienenen. Er teilt mit, daß die Herren Johnen, Dr. Meyers, Dr. von Brentano, Dr. Altmeier, Dr. Röder, Kiesinger, Dr. Burgbacher sowie Frau Dr. Rehling sich entschuldigt hätten. Anscheinend mache sich der Ferienbeginn schon bemerkbar, weil so viele entschuldigt seien. Dies sei bedauerlich, wo es sich doch um die erste Sitzung des Gremiums handle. Leider müsse auch Dr. Erhard sehr bald wieder gehen, da er den Versuch machen müsse, Arbeitnehmer und Arbeitgeber zusammenzubringen.

BERICHT ZUR LAGE

Man müsse verstehen, wenn er, der Bundeskanzler, ein offenes Wort sage über die Lage der Partei, wobei die CSU mit eingeschlossen sei, und wenn er seiner ernsten Besorgnis Ausdruck gebe, die aus dieser Lage resultiere. Die Bundestagswahlen fänden im September 1961 statt; man wisse, daß das Wahlergebnis schon vor der Wahl mehr oder weniger feststehe, und jeder könne sich an den Fingern abzählen, daß nun kein Jahr mehr zur Verfügung stehe, um auf ein günstiges Wahlergebnis hinzuarbeiten. Leider könne man keine günstige Voraussage machen, im Gegenteil, die Situation sei sowohl in Deutschland wie in der ganzen Welt, was ja ineinander wirke, sehr ernst.

Der neue Präsident der Vereinigten Staaten¹ werde am 20. Januar 1961 sein Amt antreten; zu diesem Zeitpunkt werde er sein Kabinett zwar schon gebildet haben, aber man könne nicht damit rechnen, daß der neue Präsident und die umgebildete oder neugebildete Regierung vor Februar 1961 aktionsfähig sein werde. Das sei für die freie Welt eine Periode, in der sie ohne führende Nation ist. Schon jetzt mache sich dieser Umstand auf allen Gebieten deutlich bemerkbar. Es sei in den Vereinigten Staaten herkömmlich und in diesem Jahr besonders bemerkbar, daß man vor den Wahlen eigentlich nur noch Interesse an der Innenpolitik hat; nach Äußerungen von Männern, die ihn, den Bundeskanzler, besucht hätten, seien harte und erbitterte Kämpfe innerhalb der Parteien um die Aufstellung der Kandidaten bei den bevorstehenden Parteikongressen im Gange. Aus den Aussprachen sei nicht hervorgegangen, wer den Sieg davontragen werde, ob die Republikaner oder die Demokraten; jedenfalls hätten die Ereignisse, die mit der Gipfelkonferenz und mit dem Besuch in Japan zusammenhingen, dem Ansehen der Republikaner und ihrer Kandidaten geschadet, ohne daß man vorhersagen könne, ob es möglich sei, den entstandenen Schaden wieder auszubügeln. Andererseits sei bei den Demokraten, nachdem Kennedy in einem sehr großen Siegeszug so viele Stimmen auf sich vereinigt hatte, Truman diesem plötzlich entgegengetreten, und auch Johnson habe sich bereit erklärt, als Kandidat aufzutreten. Truman sei ganz ohne Zweifel bei den Demokraten der bei weitem einflußreichste Faktor, so daß es ungewiß sei, wer nun aus dem Kongreß als Kandidat hervorgehe, dieser oder jener, wenn nicht Kennedy, dann wahrscheinlich Johnson.

Er, der Bundeskanzler, kenne Kennedy nicht und habe ihn nie gesprochen. Dieser sei in der Außenpolitik wenig erfahren, in der Innenpolitik seines Staates dagegen sehr tätig. Er sei 43 Jahre alt, und wenn er, der Bundeskanzler, zurückdenke, wie weit er dieses Alter selbst schon hinter sich gelassen habe und wie er mit 43 Jahren gedacht habe und wie er heute denke, dann werde wohl jeder sagen, daß man im Lauf der Jahre allerhand hinzulerne. Das bedeute retrospektiv, daß Kennedy also noch allerhand hinzuzulernen habe. Es werde ihm aber von einem Manne wie Meany² ein gutes Zeugnis ausgestellt – Meany zu kennen gehöre zur Allgemeinbildung, und derartig spitze Bemerkungen wie „roter Bruder“, die Herr Gerstenmaier eben gebraucht habe, solle man bei solchen ernsten Überlegungen lieber unterlassen. Meany sei praktizierender Katholik und habe ihm, dem Bundeskanzler, die Grundsätze der amerikanischen Gewerkschaften entwickelt und dabei ausgeführt, daß der Kapitalismus erhalten bleiben müsse, wenn der amerikanische Arbeiter einen Anteil daran haben wolle. Diese Ideen könne jeder unterschreiben, und es wäre

1 John Fitzgerald Kennedy (1917–1963), Volkswirtschaftler, Journalist; 1947–1953 Abgeordneter im Repräsentantenhaus (Demokraten), 1953–1961 Senator für Massachusetts, 1960–1963 Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika.

2 George Meany (1894–1980), amerikanischer Gewerkschafter; 1952–1955 Vorsitzender und 1955–1979 Präsident der AFL (American Federation of Labor) und CIO (Congress of Industrial Organizations).

nur wünschenswert, wenn bei anderen gewerkschaftlichen Bewegungen ähnliche Überlegungen Platz griffen. Man dürfe auch nicht vergessen, daß Meany der beste Freund der deutschen Sache sei, den man in Amerika habe, und daß er der z.Z. einflußreichste Mann in den Vereinigten Staaten sei. Meany jedenfalls sei der Auffassung gewesen, daß man bei Kennedy keine Sorgen wegen der Außenpolitik haben brauche. Aber es sei eine andere Sorge aufgetaucht, ob zu Recht oder Unrecht müsse die Zukunft weisen: Es werde behauptet, daß Frau Roosevelt³, die für Stevenson⁴ eintrete, bereit sei, die von ihr für Stevenson gesammelten Stimmen Kennedy zuzuführen unter der Bedingung, daß Stevenson Staatssekretär werde. Wenn das der Fall wäre, dann sei das das Schlimmste, was passieren könne. Er, der Bundeskanzler, halte das zwar nicht für sehr wahrscheinlich, aber es könne ja auf diesen Wahlkongressen alles Mögliche passieren.

Über Nixon brauche man nichts zu sagen, dieser habe sich sehr gut entwickelt; ebenso sei es bei Rockefeller⁵, der sehr energisch und sehr tüchtig sei und als Gouverneur gute Arbeit geleistet habe. Jedenfalls sei es Tatsache, daß während der Wahlkampagne Amerika in der Außenpolitik mehr oder weniger führungslos ist, und die Tatsache, daß man diese Dinge mit Sorge und Aufmerksamkeit verfolgen müsse, mache am deutlichsten klar, daß man dafür sorgen müsse, daß dieses Europa sich möglichst bald zusammenfinde, wolle es in der Geschichte und im außenpolitischen Geschehen etwas bedeuten. Einstweilen spiele Europa diese Rolle nicht, und wenn man weiter die Runde mache, müsse man sagen, daß die britische Regierung, speziell Macmillan, unverändert geblieben sei, Frankreich in der Algier-Frage große Schwierigkeiten habe, und zwar mehr als man angenommen habe, so daß ein Ende des Algier-Kriegs einstweilen nicht zu erwarten sei und diese Lähmung damit weiter fortbestehe.

Chruschtschow und die Staaten, die zum kommunistischen Block halten, nützten diese Gelegenheit in massiver Weise aus. Chruschtschow sei gerade in Österreich.⁶ Es sei jedem überlassen zu beurteilen, ob das gerade nötig sei; daß er dort in dieser Weise über Amerika und Deutschland gesprochen habe, sei für jeden Österreicher – gleich welcher Partei – peinlich, und auch er, der Bundeskanzler, mache keinen Hehl daraus, daß er diese Sache auch als peinlich empfinde. Diese Reise Chruschtschows

3 Eleanor Roosevelt (1884–1962), Ehefrau des amerikanischen Präsidenten Franklin Delano Roosevelt (gest. 1945).

4 Adlai Ewing Stevenson (1900–1965), 1948–1952 Gouverneur von Illinois, 1952 und 1956 Präsidentschaftskandidat der Demokraten, 1961–1965 Botschafter der USA (mit Kabinettsrang) bei den Vereinten Nationen.

5 Nelson Aldrich Rockefeller (1908–1979), Bankier; 1952–1958 Berater Eisenhowers, 1953 Unterstaatssekretär im Gesundheitsministerium, 1958–1973 Gouverneur des Staates New York, 1974–1977 Vizepräsident der USA (Republikaner).

6 Vom 30. Juni bis 8. Juli 1960. Im Laufe des Besuches hatte Chruschtschow u.a. Parallelen zwischen Adenauer und Hitler gezogen und immer wieder die amerikanische Politik verunglimpft; Protest-Demarche Bonns und Washingtons (AdG 1960 S. 8502–8506).

durch Österreich sei für die freie Welt nicht gut. Chruschtschow habe sich in Österreich im vertrautesten, aber auch in größerem Kreise sehr nachdrücklich über die Berlin-Frage ausgesprochen und dazu erklärt, daß er zwar mit neuen Aktionen warten wolle, wenn man ihn nicht reize, bis der neue amerikanische Präsident gewählt sei. Er habe weiter erklärt, daß er gerade in der Einberufung des Bundestages nach Berlin⁷ eine Provokation finde und daß er darauf entsprechend antworten werde. Der Friedensvertrag liege fertig zur Unterschrift da, und dann werde es für den Bundestag ein Vergnügen sein, sich zur Ausreise aus Berlin von Ulbricht ein Visum geben zu lassen. Dies sei keine leere Drohung, das müsse man sehr nachdrücklich betonen; und in diesem Kreise hier müsse gesagt werden, daß schon seit geraumer Zeit, besonders aber nach der gescheiterten Gipfelkonferenz, von den drei Westmächten die Bitte ausgesprochen worden sei, doch jeden Anlaß zu vermeiden, der Chruschtschow Anlaß für eine neue Aktion gegen Berlin und einen Vorwand dafür bieten könnte. Dies hätten die Botschafter mehrfach getan, und gewisse deutsche Landsleute nähmen diese Sache viel zu leicht. Das sei sehr ernst, auch insofern, als sich, wenn man diese Ratschläge nicht höre, die Gefahr ergebe, daß die Partner der Bundesrepublik zu der Auffassung kommen könnten, man könne den Deutschen nicht helfen; das wäre aber sehr schlimm.

Er, der Bundeskanzler, habe in Paris zu Eisenhower gesagt⁸, in Berlin handle es sich um Amerika und England und Frankreich und um deren Ansehen und daß er daran glaube, daß diese Mächte ihr Wort halten. Aber, so wolle er wiederholen, alle diese Fragen machten schon seit geraumer Zeit Kummer und Sorgen. Man wisse nicht, ob nicht Chruschtschow, von dem man wisse, daß er ein ungezügelter Temperament hat, wenn er sicher auch gelegentlich schauspielere, sich irgendeine Gelegenheit wünsche, bei der er sagen könne, er habe ja eine Verständigung gewollt, sei aber provoziert worden und habe deswegen vollendete Tatsachen setzen müssen. Ganz sicher sei Berlin nach wie vor eine sehr ernste Frage, die im Lauf dieser zwölf Monate sicher in dieser oder jener Form wieder akut werden könne. Man müsse sich ins Gedächtnis zurückrufen, daß bei den Vorläufern der Gipfelkonferenz, trotz aller offiziellen Mitteilungen, die vier Westmächte alles andere als einig gewesen seien, gerade in der Berlin-Frage. Dies müsse noch einmal betont werden. So werde man sich auf dem Gebiete der Außenpolitik bis zu den Wahlen mit größter Wahrscheinlichkeit mit sehr ernsten Dingen zu beschäftigen haben.

Eine weitere ernste Frage sei die Änderung der NATO. Diese könne nicht bleiben wie sie ist, sie müsse militärisch wie politisch überholt werden. Sie sei 1948 auf

7 In der dritten Legislaturperiode fanden vier Plenarsitzungen des Deutschen Bundestages in Berlin statt, die letzte am 3. Oktober 1958 (DATENHANDBUCH 1 S. 651). Zum Plan des Ältestenrates des Bundestages, eine Vollsitzung nach der Sommerpause 1960 nach Berlin einzuberufen, vgl. NZZ vom 7. Juli 1960.

8 Bei Gipfelkonferenzen am 19. bis 21. Dezember 1959 sowie am 16. und 17. Mai 1960. Vgl. ADENAUER: Erinnerungen 4 S. 25 und S. 49f.

1949 entstanden, als man einen Krieg wegen Indochina befürchtet habe. Seither habe sich die gesamte Weltlage in bitterster Weise zugunsten des Kommunismus verschoben. Bei der NATO sei aber alles beim alten geblieben. Gewiß, es seien die Raketenwaffen eingeführt worden, aber man müsse auch an die Spannung zwischen Frankreich und der NATO denken und brauche nur darauf hinzuweisen, daß man in der Türkei plötzlich eine Revolution⁹ gemacht habe; und wenn das Heer eine Revolution mache, so sei das eine schlimmere Sache, als wenn das durch eine Partei geschehe. In Japan stünden Wahlen bevor¹⁰, deren Ausgang mitbestimmend sein werde für die Zukunft der freien Welt. Wenn diese über 90 Millionen Japaner, tüchtig, energisch, tatkräftig, industriell gut ausgerüstet, zu Rotchina stoßen würden, dann würde das auf der asiatischen Halbkugel zu einer wesentlichen Verschiebung des Gleichgewichts führen, was sofort auf uns hier zurückwirken und sehr üble Folgen haben würde.

So gehe man also bis zur Wahl außenpolitisch einer sehr ernsten und gefährvollen Zeit entgegen, von der man noch nicht sagen könne, ob sie für unsere Wahlaussichten – das sei der Ausgangspunkt dieser Überlegungen gewesen – begünstigend oder abträglich sein werden. Man stehe also vor Monaten der Unsicherheit.

Die Anwesenden seien Zeugen der außenpolitischen Debatte gewesen.¹¹ Wehner habe gewiß sehr maßvoll gesprochen, wenn man auch nicht, wie die Presse dies getan habe, von einer staatsmännischen Rede sprechen könne. Er habe parteipolitisch gesprochen, und er sei ein Parteipolitiker von großem Range, der seine Partei unter allen Umständen zum Siege führen wolle. Er habe durch die von ihm eingeschlagene Taktik die Bedenken der großen Wählerschichten ausräumen wollen, die weder zur SPD noch zur CDU gehören, schwankend sind und bei der letzten Wahl mit Rücksicht auf die außenpolitische Haltung der SPD für die CDU gestimmt haben. Dazu sei zu sagen, daß man gut daran tue, sich Gedanken zu machen, wie die Aussichten für 1961 seien und was 1953 und 1957 den Sieg der CDU herbeigeführt habe. 1949 könne man dabei nicht heranziehen, weil damals die ganzen Formationen der Parteien nicht vergleichbar gewesen seien. 1953 seien es die wirtschaftlichen Erfolge gewesen, auf die die CDU habe hinweisen können, ebenso außenpolitische Erfolge, 1957 sei absolut ausschlaggebend gewesen, wie sich die SPD gegenüber dem Westen, gegenüber der NATO usw. verhalten hätte. Das habe nun die SPD einmal durch das Godesberger Programm ausräumen wollen, und jetzt versuche sie es ein zweites Mal durch die Taktik Wehners. Sicher sei Wehner in seiner Partei angegriffen worden, wer aber Wehner kenne und wisse, daß er den Apparat in der Hand habe, was seine Stärke sei, der müsse sich auch klar darüber sein, daß Wehner den Widerstand in seiner Partei spielend überrollt. Ihm, dem Bundeskanzler, habe einmal ein amerikanischer Gewerkschaftsführer erzählt, er habe einer Fraktionssitzung der SPD beigewohnt, in

9 Sturz der Regierung und Übernahme der Macht durch das Militär am 27. Mai 1960 (AdG 1960 S. 8415f.).

10 Unterhauswahlen am 20. November 1960 (ebd. S. 8768).

11 Am 30. Juni 1960 – Rede Wehners in Sten.Ber. 3. WP Bd. 46 S. 7052–7061.

der es um wichtige Sachen gegangen sei, und es sei geradezu erschütternd gewesen, wie Wehner alles niedergewalzt habe. Darum seien diese Vorgänge sehr ernst, wenn auch Herr Menzel in bezug auf die Anti-Atomtodkampagne¹² gesagt habe, daß es bei dieser bleibt. Diese Wendung, die Wehner der Politik seiner Partei zu geben versuche, sei für die CDU bei den Betrachtungen, die sie über die Wahl anstelle, von größter Bedeutung.

Er, der Bundeskanzler, glaube kein Wort von dem, was Wehner gesagt habe, weil diese Worte mit seiner inneren Überzeugung nichts zu tun hätten. Rein opportunistische Rücksichten hätten diesen geleitet, denn noch vor acht Wochen sei die Frage des Bundeskanzlers, ob die SPD für die NATO sei, von zwei Drittel der SPD-Fraktion mit Nein beantwortet worden, während die gleichen Leute jetzt stumm zugehört hätten, als Wehner sprach.

Betrüßlich sei aber gewesen, daß die ganz ausgezeichnete Rede des Herrn von Guttenberg¹³, die eine hervorragende und ausgezeichnete Rede gewesen sei, weder in der Presse noch im Rundfunk die gebührende Würdigung gefunden habe. Die Presse, abgesehen von der geringen Zahl derer, die zur CDU halten, sei teils aus Snobismus, teils aus anderen Gründen gegen die CDU, und das Fernsehen habe angeblich wegen eines technischen Fehlers die Rede nicht bringen können. Wer das glaube, zahle einen Taler. Aber es sei zu betonen, daß, wenn man die Öffentlichkeit überblicke, als großer Mann und als große Partei – nach dem Bibelwort, daß mehr Freude sei über einen Sünder, der Buße tut, als über 99 Gerechte – Wehner und die SPD dem deutschen Volke vorgeführt worden seien.

Nun komme er, der Bundeskanzler, auf die Fehler, die die CDU mache. Hier sei an erster Stelle das Krankenkassengesetz zu nennen. Die „Deutsche Zeitung“ überschreibe in ihrer heutigen Nummer einen Artikel „Ein Scherbenhaufen“¹⁴, und sie habe ganz recht damit. Was von diesem Gesetz noch da sei, sei ein Scherbenhaufen. Darin müsse man eine große Gefahr für die Wahl erblicken, denn an keinem anderen Gesetz sei die Öffentlichkeit so interessiert, wie an diesem. Zu seinem Bedauern müsse er sagen, daß das Arbeitsministerium die psychologische Wirkung dieses Gesetzes absolut verkannt habe. Statt mit den Ärzten und den Krankenkassen vorher in verständiger Weise zu verhandeln, habe man diktiert, und selbst heute sei die Gebührenordnung für die Ärzte, die ein notwendiger Bestandteil dieses Gesetzes sei, wenn man dazu Stellung nehmen solle, noch nicht erschienen. In dem maßgebenden Ausschuß sei kurz vor Ferienbeginn das ganze Gesetz, und zwar mit den Stimmen der

12 Der SPD-Bundestagsabgeordnete Walter Menzel war als Leiter des Arbeitsausschusses „Kampf dem Atomtod“ einer der treibenden Kräfte der deutschen Anti-Atomtodbewegung. Vgl. AdG 1958 S. 6944.

13 Karl Theodor Freiherr von und zu Guttenberg (1921–1972), 1957–1972 MdB (CSU), 1961–1972 Mitglied des CSU-Landesvorstandes, 1967–1969 Parlamentarischer Staatssekretär im Bundeskanzleramt. – Rede in Sten.Ber. 3. WP Bd. 46 S. 7076–7085.

14 Johann Frank: „Blank vor einem Trümmerhaufen“, in: „Deutsche Zeitung“ vom 6. Juli 1960.

CDU, abgelehnt worden. Er, der Bundeskanzler selbst, habe bei einer Einladung, die er einem Teil der Fraktion in seinem Garten gegeben habe, erleben müssen – Dr. Krone und verschiedene Abgeordnete, darunter die vier Ärzte der Fraktion, seien an einem Tisch beisammengesessen –, daß viererlei Meinungen vorhanden waren und daß alles gegeneinander und durcheinander sprach. Das sei nicht nur deswegen so bedauerlich, weil der große Teil der Arbeitnehmer, die die Mitglieder der Krankenkassen sind und deshalb an dieser Regelung interessiert sind, dagegen sind, sondern auch deshalb, weil es auf die Arbeit des Kabinetts und der Fraktion, die sich nicht habe einigen können, ein schlechtes Licht werfe. Und wenn es nicht in irgendeiner Weise gelinge – der Weg sei noch nicht zu sehen –, dieses Gesetz doch noch zu erledigen – er, der Bundeskanzler, sei im Kabinett anderer Auffassung auch wegen der gewählten Formen gewesen, und was davon noch da sei, sei ein Scherbenhaufen –, dann werde dieses Gesetz sich bei der Wahl ganz schwerwiegend gegen die CDU auswirken.

Aber es gebe auch noch andere Dinge, die Sorge machen, so vor allem das Lücke-Gesetz¹⁵. Hier sei auf die Sendung des Südwestdeutschen Rundfunks hinzuweisen, auf die empörten Zuschriften über diese Sendung; und da sei das unglückliche Wort von Etzel in Hamburg¹⁶ gefallen, das für die SPD und den Mieterbund eine Handhabe biete, dieses ganze Gesetz in der gemeinsten und perfidesten Weise anzugreifen; das seien schwere Hypotheken, die jetzt schon auf der CDU lägen, das Krankenkassengesetz, dieses Lücke-Gesetz – Lücke habe ja in der hingebendsten Weise daran gearbeitet –, das man nun dem Volke klarmachen müsse. Wie könne man nun den Mietern klarmachen, daß keiner ihnen etwas will und daß der Wohnungsbau weitergeht und daß keiner fürchten braucht, daß er nun dasitzt und keine Wohnung habe? Demgegenüber – und das sei im politischen Leben so – komme das Gute, was getan werde, bei der Betrachtung nicht mehr in Frage; die Ordnung der Finanzen werde hingenommen, ohne daß man etwas Besonderes dabei finde, das sei selbstverständlich, gehöre und gebühre sich so und sei keine Sache, für die man sich so aufregen müßte, daß man aus diesen Gründen bei der Wahl gegen die SPD stimmt.

Neben diesen Gesetzen sei aber noch ein großes Programm vorhanden, über das auch noch gesprochen werden müsse und das Schwierigkeiten mache. Diese beiden Gesetze aber seien Steine auf dem Weg, die wegzuräumen eine große Arbeit und viel Geduld erfordere. Noch etwas müsse einem sehr am Herzen liegen, nämlich die Einigkeit der Partei. Wie erscheine die Partei nach draußen? Man möge es ihm, dem

15 Gesetz über den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft und über ein soziales Miet- und Wohnrecht (Gesetz vom 23. Juni 1960 – BGBl I S. 389). Benannt nach dem damaligen Wohnungsbauminister Paul Lücke.

16 Am 1. Juli 1960 ein 50minütiges Feature zur aktuellen Wohnungsbaupolitik mit dem Titel „Verwirrung im Quadrat“. Kurz darauf war Bundesfinanzminister Etzel (nach einer Pressekonferenz in Hamburg vom 4. Juli 1960) mit der Mitteilung „Weniger Mittel für den Wohnungsbau 1961“ zitiert worden. Richtigstellung Etzels in BULLETIN vom 8. Juli 1960 S. 1238.

Bundeskanzler, nicht übelnehmen, wenn er bei dieser Betrachtung bitter werden sollte, aber er müsse seiner Überzeugung folgen und alles so offen aussprechen, wie er sich das vorgenommen habe.

Die CDU erscheine nicht als eine geschlossene, zielbewußte Partei, sie erscheine breiten Schichten des deutschen Volkes als eine Gruppe, in der sich bald so, bald so eine Mehrheit findet, in der alle möglichen Lobbyisten tätig sind. Aus den Kreisen der evangelischen Kirche, und zwar von sehr ernst zu nehmender Seite, sei ein erschütternder Brief gekommen, dessen Schreiber hier nicht genannt werden solle.¹⁷ Dort hieße es, daß Kreise der evangelischen Kirche, und zwar maßgebende Kreise, mit Feindschaft, wenn nicht mit Haß der CDU gegenüberstünden.

Auf eine Frage des Bundestagspräsidenten Dr. Gerstenmaier nennt der Bundeskanzler den Namen des Probstes Asmussen, dessen Urteil Dr. Gerstenmaier als atypisch bezeichnet; ein Urteil dieser Art stehe diesem nicht zu. Darauf fährt der Bundeskanzler fort und erklärt, daß er Asmussen persönlich kenne und vor seiner Überzeugungstreue und seinem Verhalten in jeder Beziehung hohen Respekt habe. Man müsse weiter bedenken, daß Bischof Dibelius ausscheiden werde, der ja bekannt habe, daß er CDU-Mann sei, und der damit für weite evangelische Kreise auch den Weg für die Wahl gesteckt habe. Über seinen Nachfolger wisse man noch nichts.¹⁸ Es würden verschiedene Namen genannt, aber einen Mann wie Dibelius von solcher Überzeugungstreue und solchem Ansehen werde man gewiß nicht wieder bekommen. Aus dieser Überlegung seien auch gewisse Sorgen vorhanden.

Eine ähnliche Sorge bestehe auch auf der katholischen Seite, und man werde sich um den sogenannten vopolitischen Raum und auch um einige Bischöfe recht ernste Bemühungen machen müssen, weil die Sozialdemokraten nun auf einmal angeblich christlich geworden sind und man dort auch Zweifel bekommen habe, wenn auch nicht bei allen Bischöfen, ob man eine solch entschiedene Stellung gegenüber der SPD einnehmen soll.

Er wolle sich nun dem Eindruck zuwenden, den die CDU nach außen mache. Erfreulicherweise sei ja ein Ministerpräsident hier anwesend, und man müsse Herrn von Hassel besonders danken, daß er gekommen sei, denn die anderen Herren Ministerpräsidenten hätten sich entschuldigt, seien verhindert, jedenfalls nicht anwesend; warum, wisse er, der Bundeskanzler, nicht und könne es auch nicht wissen. Aber er bedaure, daß sie nicht da seien hier bei dieser ersten Sitzung des engeren

17 Vgl. NL Asmussen ACDP I-398 (XII 3a-c), insbes. Asmussen an Adenauer vom 16. Juni 1960.

18 Am 16. Februar 1961 wurde Präses Kurt Scharf (Berlin) zum neuen Ratsvorsitzenden der Evangelischen Kirche gewählt, vgl. AdG 1961 S. 8927. – Dr. D.D.D. Kurt Scharf (1902–1990), evangelischer Theologe, 1945–1966 Präses der Brandenburgischen Bekenntnissynoden und Propst für Brandenburg und Berlin-Brandenburg, 1961–1967 Ratsvorsitzender der EKD, 1966–1976 Bischof von Berlin-Brandenburg. – Memoiren: Widerstehen und Versöhnen. Rückblicke und Ausblicke. Stuttgart 1987.

Vorstandes, weil man ja auf die Anwesenheit der Ministerpräsidenten bei einer solchen Besprechung den größten Wert legen müsse.

Sobald ja die Ministerpräsidenten einen Sessel bestiegen hätten – er wolle hier Herrn von Hassel nicht zu nahe treten, der ja ganz anders sei –, würden diese ganz andere Menschen. Sehr selten finde man einen, der normal bliebe, in der Regel würden sie andere Menschen, und die Partei bedeute da nicht mehr so viel, und auch die Arbeit in der Partei bedeute nicht mehr so viel wie vorher, ehe sie Ministerpräsidenten geworden seien. Dazu komme die Auseinandersetzung mit dem Bundesrat, bei der die Ministerpräsidenten der CDU, wenn es sich bei manchen Sachen um Beschlüsse des Bundestages handelt, die von der Koalition gefaßt worden sind, sich gegen die Koalition wenden, wie das z.B. bei der Reinhaltung der Wasserstraßen¹⁹ gewesen sei. Es sei ihm vollkommen schleierhaft, warum das so gemacht worden sei und warum der Bundesrat mit zwei Dritteln seiner Stimmen so demonstriert habe²⁰; der Bundestag habe dann noch einmal abgestimmt und die Beschlüsse des Bundesrats überstimmt; das hätten sich die Herren doch auch schon vorher sagen können, daß das so ausgehen werde.

Er wolle nicht das ganze Klagelied singen über die Verhandlungen, die darüber stattgefunden hätten. Diese ganze Sache gehe jetzt etwa sieben Jahre, so lange dauere das Tauziehen schon an, und er bedaure nur, daß er nicht schon eher damit befaßt worden sei, er hätte sich auf so lange Verhandlungen nicht mehr eingelassen, sondern gehandelt, und wenn die Ministerpräsidenten dann gegen die Bundesregierung eine Klage hätten anstrengen wollen beim Bundesverfassungsgericht, dann hätten sie das eben tun müssen; sie hätten die Klage durchführen müssen, und wenn sie gewonnen hätten, hätten sie urbi et orbi zeigen müssen, daß das Grundgesetz, das nur vorübergehend gedacht sei, keine Verfassung ist, mit der vernünftig regiert werden kann.

Als man dieses Grundgesetz verabschiedet habe, da habe man ja gedacht, daß es für einige Jahre sei, daß die Besatzungsmächte da seien und daß es so lange schon gehen werde. Das Grundgesetz sei uns doch zum großen Teil aufgedrängt worden von den Amerikanern und von den Franzosen, weil diese das Bestreben hatten, die Zentralgewalt möglichst schwach zu machen und die Gliedstaaten möglichst stark. Jeder wisse, welchen Kummer und Ärger man gehabt habe, bis das Grundgesetz endlich zustande kam. Für Amerika und Frankreich sei es ein antideutsches Instrument gewesen, weil man Deutschland nicht habe hochkommen lassen wollen.

Man könne das Grundgesetz so oder so auslegen. Aber die Tendenz, die im Bundesrat zutage träte, nämlich die Rechte der Zentrale möglichst klein zu halten,

19 Gesetz vom 17. August 1960 – BGBl II S. 2125. Annahme durch den Bundestag am 29. Juni 1960 – Sten.Ber. 3. WP Bd. 46 S. 6962.

20 Der Bundesrat erhob mit zwei Dritteln seiner Stimmen am 1. Juli 1960 Einspruch (BT-Drs. 1988); der Einspruch wurde am selben Tag durch den Bundestag zurückgewiesen – Sten.Ber. 3. WP Bd. 46 S. 7127.

sei allmählich unerträglich geworden. Jedermann im Kabinett könne man danach befragen, alle würden es bestätigen.

Die CDU stehe in der Öffentlichkeit in einem schlechten Ansehen auch wegen der Gegensätze zwischen Ländern und Bund, die ja auch dort vorhanden seien, wo die CDU oder die CSU die maßgebenden Parteien sind. Dazu komme noch die Organisation der Partei – zu diesem Punkt werde ja hier auch noch etwas gesagt werden –, die im Land draußen noch sehr viel zu wünschen übrig ließe. Alles in allem könne man der Wahl 1961 nur mit großer Sorge entgegensetzen, und es müsse tatsächlich von allen und gemeinsam gearbeitet werden, und zwar überall, wenn man die Aussicht haben wolle, auch 1961 die Wahl zu gewinnen.

Die Deutsche Partei sei inzwischen wohl eines politischen Todes gestorben. Was über diesen Vorgang in der FAZ stehe²¹, sei von Anfang bis zum Ende falsch; kein Wort sei wahr, das von den Resten der DP diesen Journalisten insinuiert worden sei. Er, der Bundeskanzler, habe sich die größte Mühe gegeben, und die Herren Dr. Krone und Fricke könnten das bestätigen, die DP am Leben zu erhalten, auch als Partei in Niedersachsen. Er habe auf dem Standpunkt gestanden, über diese Frage müsse die CDU in Niedersachsen selbst entscheiden, weil man das nicht von der Zentrale aus entscheiden könne und weil man dort den Dingen näher stehe und sie so auch besser entscheiden könne. Aber nun sei die Sache nicht mehr aufzuhalten gewesen, und infolgedessen lägen nun wohl acht oder neun Anträge vor²², in die CDU aufgenommen zu werden. Wie sich das in Niedersachsen auswirken werde, könne er nicht überschauen. Vielleicht könne Herr Fricke dazu etwas sagen.

Da sei aber noch ein sehr wesentlicher Punkt vorhanden, und zwar Herr Brandt. Die Bedeutung dieser Figur werde im allgemeinen bei der CDU unterschätzt. Allensbach habe zwei Befragungen durchgeführt, über die er berichten wolle.

Die Fragestellung sei so gewesen: In dem Falle, daß Sie heute einen Bundeskanzler zu wählen hätten, und Sie müßten zwischen Adenauer und Brandt wählen, wie würden Sie sich entscheiden? Herr Brandt habe dabei mehr Stimmen erhalten als er, der Bundeskanzler. Die zweite Untersuchung hat folgendermaßen gelaute: Wenn Sie heute einen Bundeskanzler zu wählen hätten und hätten nur die Wahl zwischen Brandt und Erhard, wen würden Sie wählen? Da habe Herr Brandt noch mehr Prozent gehabt als ihm, dem Bundeskanzler, gegenüber.²³

21 Die DP-Bundestagsfraktion war am 1. Juli 1960 zerbrochen, nachdem neun von 15 Mitgliedern ihren Austritt aus der Fraktion erklärt hatten und wenig später zur CDU übergetreten waren. Durch die Fusion mit dem GB/BHE unter der Bezeichnung GDP löste sich die DP am 15. April 1961 faktisch auf. Vgl. Stöss 2 S. 1040f.; kontinuierliche Berichterstattung in der FAZ ab 1. Juli 1960, insbes.: Günther Gillesen: „Kleine Parteien im Sog“ (FAZ vom 5. Juli).

22 Am 20. September 1960 traten die Bundesminister von Merkatz und Seeborn sowie die Abgeordneten Kalinke, Preiß, Preusker, Probst, Ripken, Schild und Steinmetz in die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ein (vgl. MEYN S. 67 Anm. 3).

23 Adenauer 28 %, Brandt 40 % (Mai 1960); Erhard 26 %, Brandt 43 % (März 1960) – Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1958–1964 S. 291.

Aber daran sehe man die ganze Dummheit des deutschen Volkes, über die man erschüttert sein müsse. Der Herr Brandt habe doch auf seinem eigentlichen Gebiete, nämlich in Berlin, bisher noch gar nichts geleistet. Reuter habe mehr geleistet, dessen Nachfolger²⁴ auch, Brandt aber könne nur repräsentieren und Reden halten, aber ob er arbeiten könne, das habe er noch nicht gezeigt. Jedermann wisse, wie es um Brandt stehe, aber das störe das deutsche Volk nicht. Damit sei etwas berührt, was sehr schmerzlich sei, nämlich das mangelnde Nationalgefühl des Deutschen. Es sei erschütternd, daß das Nationalgefühl dem deutschen Volke einstweilen vollkommen abhanden gekommen sei.

Hier habe er, der Bundeskanzler, „Das deutsche Wort“²⁵, das in Berlin oder in Köln erscheine, und in diesem werde berichtet, daß Herr Brandt einen norwegischen Orden, den St.-Olafs-Orden erhalten habe. Zur Verleihung dieses Ordens sei dort ausgeführt, daß mit der Verleihung dieses Ordens die Tätigkeit Brandts während des Krieges in Norwegen und sein Eintreten für die demokratischen Ideen und für die Freiheit gewürdigt werden solle. Er, der Bundeskanzler, finde diesen Schritt der norwegischen Regierung mehr als eigenartig; diese Regierung sei allerdings sozialistisch. Aber er, der Bundeskanzler, schätze Herrn Lange²⁶ sehr hoch wegen seines Gefühls für die Zugehörigkeit zum Westen, ebenso wie als Menschen. Aber es sei doch recht unglücklich, so etwas zu machen. Schließlich seien doch einige deutsche Soldaten in Norwegen gewesen, die keine Nazis gewesen sind und gegen die Brandt gekämpft habe. Brandt heiße ja in Wirklichkeit Frahm, sei nach diesem Artikel norwegischer Soldat geworden, dann in deutsche Gefangenschaft geraten, und die Deutschen hätten ihn in ihrer Gutmütigkeit laufenlassen. Dann sei er als norwegischer Offizier mindestens drei Jahre in norwegischer Uniform bei einer norwegischen Abteilung gewesen, die der britischen Truppe in Berlin angegliedert war, und das in der Zeit, in der Berlin die schrecklichste Not litt. Damals habe er aber nichts davon verraten, daß er Berliner oder Deutscher sei.

(Der Bundeskanzler zitiert dann einen Abschnitt aus diesem Artikel mit den Fragen, die dort gestellt werden.)

Darüber, daß Brandt während dieser Zeit in Berlin gewesen sei, so fährt der Bundeskanzler fort, seien genügend Fotografien vorhanden, so daß hier keine besonderen Fragen zu stellen seien. Wenn er sich vorstelle, daß Brandt als Kanzlerkandidat der SPD in Frage komme, daß in der SPD auch Herr Wehner sei, der in Moskau ausgebildet worden ist und dann aus irgendwelchen Gründen, zu denen es verschiedene Lesarten gebe, zur SPD herübergewechselt ist, und daß Brandt jedenfalls Mitglied

24 Otto Suhr (1894–1957), 1948–1949 MdPR (SPD), 1949–1952 MdB, 1955–1957 Regierender Bürgermeister von Berlin (West).

25 Fragen um Willy Brandt, in: „Das Deutsche Wort“ vom 1. Juli 1960. – Vgl. auch „Neue Fragen um Willy Brandt“ (15. Juli 1960) und „Willy Brandt an ‚Das Deutsche Wort‘“ (1. August 1960).

26 Halvard Lange (1902–1970), norwegischer Politiker, 1946–1965 mit Unterbrechung (August/September 1963) Außenminister (Norwegische Arbeiterpartei).

der norwegischen Armee gewesen ist, und man fände nichts daran, dann müsse er schon sagen, daß er erschüttert sei über den Mangel an National- und Selbstgefühl des deutschen Volkes.

Man müsse sich jetzt überlegen, was zur Aufklärung über Brandt zu geschehen habe. Auch sonst möchten die Anwesenden sagen, was sie meinen, das geschehen müßte, um die Wahl 1961 zu gewinnen. Man sei sich ja wohl einig, daß man nur Aussichten habe, wenn man geschlossen sei und wenn wirklich gearbeitet werde bis zum Letzten und wenn man auch das Instrument zur Verfügung bekomme, das die öffentliche Meinung sehr stark beeinflusse, nämlich das Fernsehen, und wenn man auch in der Presse einen stärkeren Widerhall finde. Was in dieser Hinsicht zu machen sei, könne er noch nicht sagen. Aber man müßte die Dinge sehen, wie er sie eben geschildert habe, und dürfe auch nicht übersehen, daß unsere Leute zum Teil doch sehr bequem seien.

Die CDU habe dreimal gesiegt, und auf der anderen Seite stehe die SPD, die nach dem Siege hungere und wisse, daß, wenn sie zum viertenmal verliere, Risse und Sprünge in ihrer Partei sich ergeben würden, und die daher mit aller Verbissenheit und Aufbietung aller Opfer kämpfe.

Auf noch etwas wolle er, der Bundeskanzler, aufmerksam machen: In der Landwirtschaft mache sich eine große Unruhe bemerkbar, die mit der EWG zusammenhänge. Herr Hermes²⁷ habe ihm am Montag geraten, als Bundeskanzler einen Ausschuß einzuberufen, um laufend diese ganzen Dinge – EWG, Getreidepreis, usw. – zu verfolgen und zu verhindern, daß der Unmut unter der Landwirtschaft noch weiter steigt, weil auch das ein weiteres ungünstiges Moment für den Wahlausgang wäre. Auch Herr Struve gehöre zu diesem Ausschuß. Aber er, der Bundeskanzler, wolle heute nicht über diese Dinge sprechen, der Ausschuß werde zu diesem Zweck zusammengerufen werden. Vor der Wahl komme eine Veränderung des Getreidepreises nicht in Frage.

Er, der Bundeskanzler, habe diese ganzen Dinge dem engeren Vorstand einmal vortragen wollen. Es sei ihm eine Herzensangelegenheit, auf diese Dinge aufmerksam zu machen.

Blank stellt richtig, daß der mitberatende Gesundheitspolitische Ausschuß in seiner Sitzung vom 29. Juni zu § 186 der Krankenkassenreform auf Antrag der CDU und mit deren Stimmen beschlossen habe, daß keine grundsätzlichen gesundheitspolitischen Bedenken gegen die Selbstbeteiligung zu erheben seien; die SPD habe dagegen gestimmt, die FDP habe sich der Stimme enthalten. Am 30. Juni habe der gleiche Ausschuß bei gleichem Stimmenverhältnis seinen Beschluß auf die Selbstbeteiligung bei Arzneikosten und bei Krankenhausaufenthalt ausgedehnt. Dagegen habe man eine Abstimmung über die Form der Selbstbeteiligung zurückgestellt, weil bei der

27 Dr. Andreas Hermes (1878–1964), 1920–1922 Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und 1922–1923 für Finanzen (Zentrum), 1947–1961 Präsident des Raiffeisenverbandes. Vgl. PROTOKOLLE I S. 55 Anm. 4; BUCHSTAB in ZEITGESCHICHTE 6 S. 102–113.

CDU noch keine ausgefeilte Formulierung vorgelegen habe. Mit dieser Frage wolle sich [der] Ausschuß noch einmal befassen, wenn der federführende Sozialpolitische Ausschuß sein Votum abgegeben habe.

Dazu bemerkt *Adenauer*, daß dann offenbar die ganze Presse falsch unterrichtet gewesen sei.

Etzel bemerkt, daß seine Äußerung in Hamburg falsch wiedergegeben worden sei. Er habe das Wohnungsproblem auf einer Pressekonferenz nur am Rande gestreift. Er habe davon gesprochen, daß der Boom auf dem Baumarkt nicht nur vom Wohnungsbau allein ausgelöst sei. Man müsse eine gemeinsame Konzeption für dieses Problem finden, wohl etwas weniger Mittel für den Wohnungsbau geben, aber bei 500.000 Wohnungen im Jahr solle es bleiben.

Adenauer berichtet, daß gestern Minister Lücke ziemlich erregt bei ihm gewesen sei und dann ein Kommuniqué herausgegeben habe²⁸. Das Schlimme bei der Sache sei doch, daß man draußen als Partei wieder nicht geschlossen erscheine, ob zu Recht oder zu Unrecht, das sei eine Frage für sich.

Etzel erklärt, daß das Kommuniqué gemeinsam von beiden Ministern herausgegeben worden sei.

Gerstenmaier regt an, in Kapiteln zu diskutieren: außenpolitische Situation, Innenpolitik und dann die Fehler, die die CDU mache.

Blumenfeld berichtet, daß er selbst die Pressekonferenz von Minister Etzel geleitet habe und daß das Ganze ein Sturm im Wasserglas sei. Etzel habe in keiner Weise vom Sozialen Wohnungsbau gesprochen, sondern habe ganz allgemein ausgeführt, es müsse ja nicht immer eine Rekordzahl sein; wenn man 500.000 Wohnungen und mehr baue, dann sei das eine ganz stolze Leistung. Der Minister habe das Wort von den „Wohnungshalden“ gebraucht und ausgeführt, daß man in Sachen Konjunktur und Wohnungsbau sehr vorsichtig sein müsse, damit man nicht eines Tages zuviel gebaut habe.

Adenauer glaubt, daß solche Dinge in der gegenwärtigen Situation doch schlecht seien, auch für Herrn Lücke. In Württemberg habe es aufgeregte Mieterversammlungen gegeben wegen des Lücke-Plans, und man habe Sorge gehabt, ob man dieses vor den Wahlen verantworten könne. Auch jetzt müsse diese Frage mit der größten Vorsicht behandelt werden.

Gerstenmaier bezieht sich auf die Bemerkungen des Bundeskanzlers über die Schwierigkeiten im evangelischen Bereich, von denen Probst Asmussen gesprochen habe. Er schätze Asmussen sehr, aber dieser sei für ein solches politisches Urteil nicht kompetent. Trotzdem sei an der Sache etwas, weil sich nämlich im evangelischen wie im katholischen Bereich ein gewisses Mißvergnügen über die problematische kulturpolitische Lage entwickle. Das sei das tatsächliche Anliegen Asmussens, der über diese Frage auch mit Dr. Heck gesprochen habe. Auf diesem Gebiet habe er auch etwas zu sagen, und in diesem Bereich müsse man ihn sehr ernst nehmen, auch

²⁸ BULLETTIN vom 7. Juli 1960 S. 1229.

wenn er in eine Außenseiterposition gegangen sei in anderer Beziehung. Die Sache mit Dibelius sei freilich betrüblich, ein Nachfolger werde sich jedenfalls wesentlich distanzierter verhalten. Aber auch das, was aus dem katholischen Raum zu ihm, dem Bundestagspräsidenten, dringe, bereite ihm Beschwer. Er habe großen Respekt vor Nell-Breuning²⁹, dessen wissenschaftliche Leistung nicht gering sei und der einer der bedeutendsten Soziologen sei. Um so mehr störe ihn das, was dieser im vopolitischen Raum von sich gebe und was die CDU belaste, und zwar deren evangelisches Fußvolk ebenso wie die ganze Partei.

Adenauer wirft hier ein, daß Nell-Breuning im katholischen Bereich offenbar viel geringer eingeschätzt werde als im evangelischen. Er sei ein ganz schwieriger Mann, und man halte nicht sehr viel von ihm.

Gerstenmaier erwidert, daß man doch bedenken müsse, daß die Quadregesimo anno³⁰ mit dem Kommentar von Nell-Breuning im Volk verbreitet werde. Er, der Redner, halte diesen Kommentar für unmöglich im Hinblick auf den Text. Trotzdem habe diese Ausgabe doch das Imprimatur bekommen; was könne man da noch machen? Aber dazu müsse er den Mund halten und könne sich nicht so weit in die Geschäfte seiner katholischen Kollegen einlassen.

Adenauer berichtet, daß er sich daran erinnere, wie Kardinal Bea³¹ davon gesprochen habe, und zwar aus seiner Kenntnis der deutschen Politik heraus, daß die CDU nicht mit konfessionellen Reibungen belastet werden dürfe. Auch habe ihm der Papst unter vier Augen erklärt, daß er, als er von dem Konzil gesprochen habe, an die evangelischen Kirchen überhaupt nicht gedacht habe. Aber es seien dann zahlreiche Anträge gekommen, doch auch einmal die Fragen der Ökumene dabei zu behandeln. Er sei dann später sehr froh gewesen, daß das Sekretariat des Konzils dem Kardinal Bea übertragen worden sei, dem am Herzen liege, daß zwischen Katholiken und Evangelischen keine Reibungen vorkommen. – Herrn Nell-Breuning könne Herr Gerstenmaier geschenkt bekommen.

Gerstenmaier erwidert, der Herr Bundeskanzler möge Nell-Breuning lieber behalten und ihm das Schreiben verbieten. Das Geschwätz nämlich, das diese Herren in Sachen Entwicklungshilfe verbrächen, könnten sich diese schenken.

Adenauer antwortet, daß leider auch manche Minister das Gleiche täten; das sei ja eine ganz willkommene Materie. Er habe gerade jetzt von Herrn Lücke eine

29 Dr. Oswald von Nell-Breuning SJ (1890–1991), Professor für christliche Gesellschaftslehre und Ethik; 1948–1965 Mitglied des Wissenschaftlichen Beirates beim Bundesministerium für Wirtschaft. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 385 Anm. 101.

30 Oswald von NELL-BREUNING: Die soziale Enzyklika. Erläuterungen zum Weltrundschreiben Papst Pius' XI. über die gesellschaftliche Ordnung. 3. Aufl. Köln 1950. Vgl. auch Nr. 12 Anm. 30.

31 Augustinus Bea SJ (1881–1968), 1930–1949 Rektor des Päpstlichen Bibelinstituts in Rom, 1959 Kurienkardinal, ab 1960 Leiter des Päpstlichen Sekretariates für die Einheit der Christen, 1966 Friedenspreis des deutschen Buchhandels.

Schilderung vom Kongo bekommen, die grauenhaft sei. Was soll das werden? Bis 1964 werde man 30 schwarze Staaten in der UNO haben.

Gerstenmaier schlägt scherzend vor, daß eben auch die Bundesrepublik ländereise in die UNO eintreten solle, und wendet sich dann den Vorgängen bei der DP zu. Er habe mit Dr. Krone über die Frage gesprochen, ob denn hinsichtlich der Aufnahme dieser Abgeordneten nicht die Partei eine Prävalenz habe und dann erst die Entscheidung der Fraktion komme. Anders sei die Sache natürlich, wenn die Abgeordneten nur hospitieren wollten. Sollten sie aber übertreten wollen, so müßte man sich wohl über diese Sache unterhalten. Denn schließlich wisse man nicht, ob es bei den jetzigen bleibe oder ob man noch einen geschenkt bekomme, und dann müsse man vielleicht jeden nehmen. Diese Sache habe doch noch eine andere Seite.

Von Hassel schlägt vor, diesen Punkt später bei der Wahlvorbereitung zu besprechen und dann auch gleich über BHE und FDP zu reden. – Sodann berichtet er über die eben wieder stattgefundenen Versuche, mit den Konservativen Englands einen engeren Kontakt herzustellen. Er sei eben wieder 2½ Tage dort gewesen und habe ausgezeichnete Gespräche gehabt. Er sei aber gebeten worden, davon nichts in die Öffentlichkeit dringen zu lassen, weil sonst die Beaverbrook³²-Presse wieder alles zusammenschlage. (*Adenauer*: ... und grüß' mich nicht unter den Linden, nachher zu Hause wird sich schon alles finden.)

Es sei sein Eindruck, daß sich die Konservativen sehr um ein besseres Verhältnis zur CDU und zu Deutschland überhaupt bemühten. Die Bereitschaft, zu einer Assoziierung zu kommen, sei in allen Gesprächen deutlich geworden, die über EWG und über die Sechs und die Sieben geführt worden seien. Man habe aber dort das Gefühl, daß man es sich nicht leisten könne, ein zweites Mal Gespräche mit den Sechs zu führen, die dann keine Erfolge hätten. Man sei auch zu großen Opfern bereit, aber nur wenn man wisse, daß sowohl Frankreich wie auch Brüssel ein gemeinsames Ziel anstreben wollen, sei dagegen nicht bereit, Gespräche aufzunehmen, wenn nicht eine gewisse Wahrscheinlichkeit sichtbar werde, daß die Franzosen und Hallstein dieses Ziel wirklich mit anstreben. Man habe auch die Überzeugung, daß die Bundesregierung und der Bundeskanzler die einzigen seien, die sowohl auf Paris wie auf Brüssel einwirken könnten. Diese Besprechungen seien ihm sehr wichtig erschienen, und er wolle deshalb davon berichten, weil diese Kontakte sehr ehrlich fortgesetzt werden könnten und sich eventuell daraus ein Schleifen der Ecken und Kanten ermögliche. – Im übrigen täte man wohl gut daran, sorgfältig zu studieren, wie die Konservativen ihre Partei mit zwei Millionen Mitgliedern aufgebaut haben und wie sie von oben her einwirken auf die Beschickung ihres Parlaments, so in der Auswahl der Kandidaten, und wie sie systematisch junge Leute heranziehen und fördern, um

32 William Maxwell Aitken, Baron Beaverbrook (1879–1964), britischer Politiker (Konservative Partei) und Verleger; 1940–1941 Minister für Flugzeugbau und 1942 für Versorgung, 1943–1945 Lordsiegelbewahrer, Vorstandsvorsitzender der einflußreichen Pressegruppe „Beaverbrook Newspaper Ltd.“.

sie umfassend auszubilden. Es sei sicher lohnend, ein paar Herren zu diesem Zweck nach England zu schicken; manches könne man von dort übernehmen.

Adenauer bezeichnet es als gute Tradition der Engländer, junge Leute heran-zubilden. So seien öfters bei ihm in Köln konservative Abgeordnete mit ganzen Mannschaften von jungen Leuten gewesen, die mit diesen zusammen durch alle möglichen Länder gereist seien, um sie dabei zu schulen. Das sei aber wohl bei den Deutschen nicht möglich. Er wolle noch hinzufügen, daß die Konservativen nach dem Krieg total erledigt gewesen seien und daß es einem Mann gelungen sei, diese Partei wieder aufzubauen, nämlich Lord Woolton³³. Aber das sei etwas, was man hier vergebens versuche zu erreichen, und er wisse nicht, wie man das in Deutschland fertigbringen könnte.

Von Hassel ergänzt seine Ausführungen dahin, daß man bei den Konservativen unerhört systematische Arbeit geleistet habe. Die Partei habe 100 Mitarbeiter, allein 30 seien im Research Departement für Untersuchungen vorhanden. (*Adenauer*: Sie haben auch keine Länderparteien!) Die konservative Partei entsende in jede Landespartei einen eigenen Beauftragten. (*Adenauer*: Würden Sie konzedieren, daß wir in jede Landespartei einen Bundesbeauftragten entsenden? – *Dufhues*: Nein, Herr Bundeskanzler!)

Von Hassel berichtet dann weiter, daß man in England der Frage nach der EWG auf Schritt und Tritt begegne, sicher werde der deutsche Botschafter gleiches berichtet haben. Dort sei also die Möglichkeit gegeben weiterzukommen, die Frage sei aber, was die Franzosen machten. Der Schlüssel liege in Paris und Brüssel.

Krone wirft hier ein, daß eben ein Brief vom Abgeordneten Rasner gekommen sei, daß Ministerpräsident Dr. Altmeier für Freitagmorgen den Bundesratsausschuß für Rundfunkfragen einberufen habe, also vor der geplanten CDU-Besprechung, was er, Krone, für recht eigentümlich halte.

Adenauer bemerkt dazu, daß er für morgen 10 Uhr eingeladen habe. Altmeier habe darauf geschrieben, daß er kommen werde, daß aber alle anderen verhindert seien. Dadurch habe er ihn mit seinem Termin auf Freitagnachmittag gezwungen, offenbar in der Absicht, den Bundesratsausschuß vorher einzuberufen. Da könne man sehen, wie sich Ministerpräsidenten fühlten.

Dufhues erklärt dazu, daß der Bundesratsausschuß für morgen einberufen gewesen sei, aber wegen Verhinderung einzelner Mitglieder habe verschoben werden müssen.

Adenauer meint dazu, daß es dann doch richtiger gewesen wäre, ihn, den Bundeskanzler, zu bitten, nicht auf Freitag mit dem Termin zu gehen, damit der Ausschuß hätte zusammenkommen können.

33 In der Vorlage: Lord Woot. – Frederick James Marquis, The Earl of Woolton (1883–1964), 1940–1943 Minister für Ernährung (Konservativer), 1943 für Wiederaufbau, 1945 und 1951–1952 Lord President of the Council, 1952–1955 Chancellor of the Duchy of Lancaster, 1953 Minister of Materials, um 1946 von Churchill zum Vorsitzenden der Parteiorganisation ernannt.

Von Hassel erklärt, daß – von seiner eigenen dienstlichen Verhinderung abgesehen – es sich herausgestellt habe, daß nur einer hätte kommen können. Da erst sei der Bundesratsausschuß gebildet worden, und er, von Hassel, habe dann Altmeier davon unterrichtet, daß man am Donnerstag nicht zusammenkommen könne. So sei dann der Termin Freitag zustande gekommen.

Adenauer antwortet, daß also offenbar der Bundesratsausschuß in den Augen der Herren Ministerpräsidenten den Vorzug habe. Bei der SPD wäre es in einem solchen Falle umgekehrt, und daß es bei der CDU nicht so sei, sei recht traurig für diese Partei. Nichts beleuchte die Sache besser als dieser Vorgang. Das sei doch eine Tragikomödie! Da sitze man da, und alles schwimme einem weg, und man habe nichts zur Verfügung für die öffentliche Meinung. Diese Sache werde aber geregelt, darauf könnten sich die Herren verlassen. Überhaupt sei er, der Bundeskanzler, der Ansicht, daß die Bundesminister den Ländern gegenüber viel zu nachgiebig seien. Jetzt solle man noch abwarten, wie das am Freitag verlaufe, und dann sehen, wie das mit dem Fernsehen weitergehe.

Schröder bezeichnet es als unmöglich, daß das, was man im Parteiinteresse erreichen wolle, dadurch erschwert werde, daß ein von der SPD beschickter Ausschuß mit unserer Unterstützung zustande komme, während man noch den Versuch mache, innerhalb der CDU zu einer gemeinsamen Linie zu kommen.

Von Hassel erinnert daran, daß man sich innerhalb der CDU mit Minister Schröder und den Fraktionschefs fast geeinigt gehabt hätte. Man habe noch einmal zusammenkommen wollen. Dann habe es geheißen, daß Minister Schröder nicht kommen wolle, und dann habe man die Frage im Kabinett beraten. (*Schröder*: Das sollte mit dieser Sitzung verbunden werden; wir sollten versuchen, mit dieser Sache fertig zu werden.) Dann sei ein Vorschlag gekommen, der in wesentlichen Punkten von dem vereinbarten abwich.

Schröder bezeichnet diese Darstellung als nicht richtig. Er habe die Punkte, in denen man sich geeinigt gehabt habe, vorgetragen und hinzugefügt, daß die Bundesregierung darüber beraten müsse und daß dann Gegenvorschläge formuliert würden. Dann hätte hier beim Bundeskanzler darüber gesprochen werden sollen, und es sei ein ganzer Tag dafür vorgesehen gewesen. Man könne wohl auf die gemischte Lösung sich vereinbaren, aber das werde erschwert, wenn man diese Dinge zuerst mit der SPD berate, die dann sicher nicht mitmachen könne. Es gäbe also nur die Chance, zuerst innerhalb der CDU auf eine Linie zu kommen, was aber durch die vorherigen Beratungen mit der SPD erschwert werde.

Adenauer erklärt, daß er die Hoffnung gehabt habe, die Ministerpräsidenten würden an dieser Beratung des engeren Vorstandes teilnehmen, und daß man dann morgen diese Sache im kleineren Kreise besprechen könne. Die Herren hätten aber geschrieben, sie könnten nicht kommen, sondern erst am Freitag. In der Zwischenzeit hätten sie aber einen Bundesratsausschuß eingesetzt und ließen diesen nun vorher Beschluß fassen. Dafür finde er keine Worte, so etwas tue man unter Partnern und Parteifreunden einfach nicht. Das tue man nicht. Wie könne man da noch die Hoffnung

haben, daß man sich verständigen werde? Das sei eine offene Kampfansage, und so fasse er diese Sache auch auf.

Von Hassel erwidert, daß der Bundesrat Stellung nehmen müsse zum Rundfunkgesetz³⁴; das sei auch eine Terminfrage.

Schröder wirft ein, daß man aber diesen Ausschuß doch nicht zusammenkommen lassen könne, bevor man nicht innerhalb der CDU beisammen gewesen sei. Herr Altmeier hätte doch selbst wissen müssen, ob man sich verständigen werde, und zur Klärung dieser Frage sei doch ein ganzer Tag vorgesehen gewesen. Wenn aber dieser Bundsratsausschuß vorher zusammenträte, dann seien doch Herrn Altmeiers Hände gebunden.

Adenauer weist darauf hin, daß Herr Altmeier den Freitag vorgeschlagen habe, nicht er. Jener habe die Sache so gedreht, aber kein Wort vom Bundsratsausschuß gesagt, sondern nur davon, daß die Herren nicht könnten; daraufhin habe er, der Bundeskanzler, seinen Termin gestrichen und habe sich für einen neuen Termin zur Verfügung gehalten. Das sei so unerfreulich, daß es nicht mehr zu ertragen sei. So gehe die Sache nicht weiter. Das Verhältnis zwischen Bundesregierung und Bundestagsfraktion einerseits und den Ländern andererseits ruiniere die CDU im Grunde; das mache er nicht mehr mit. Schließlich hingen die Länder alle vom Bunde ab. Wenn in Nordrhein-Westfalen 1962 die Wahlen kämen, dann kämen die Herren wieder gelaufen, man solle dort reden.

Von Hassel erklärt, daß dieses Verhältnis gewiß einmal behandelt werden müsse. Dann werde man aber sehen, daß auch die CDU-Ministerpräsidenten eine ganze Reihe von Vorbehalten hätten.

Adenauer bemerkt dazu, daß Herr Kiesinger auch bundestreu wäre. Jetzt habe er gesagt, daß er in Baden-Württemberg bleibe, aber nach Bonn ginge, wenn man ihn als Bundesaußenminister oder Bundeskanzler riefe.

Gerstenmaier bezeichnet Ministerpräsident Altmeier als eine tragische Gestalt, die aus der Kompetenzverteilung des Grundgesetzes heraus denke und empfinde und nicht sehe, daß das alles gar nicht mehr wahr ist.

Scheufelen erinnert daran, daß der Zweck dieses engeren Vorstandes doch gewesen sei, sämtliche Ministerpräsidenten und die anderen dazugehörenden Mitglieder zusammenzubringen. Mit Rücksicht auf die Terminnot der Einzelnen müsse man ihn mit ziemlichen Zeitabständen zusammenrufen. Ministerpräsident Kiesinger könne z.B. nicht da sein, weil heute die Ausschußvorsitzenden im Landtag bestimmt würden. Wenn man hier ein vollständiges Gremium haben wolle, dann müsse man die Termine so festlegen, daß man sie auch wirklich berücksichtigen könne.

Adenauer weist darauf hin, daß auch andere Leute ihre Beschäftigung hätten. Hier müsse sich eben einer nach dem anderen richten. Jeder Ministerpräsident habe seinen Terminkalender wie jeder andere auch. Herr Kiesinger hätte ja auch nur morgen zu kommen brauchen; er, der Bundeskanzler, habe es ihm leichter machen wollen.

34 Vgl. dazu BAUSCH 1 S. 408f. Zur Chronologie vgl. ZEHNER 1 S. 159f.

Blumenfeld regt an, daß der engere Vorstand vor allen übrigen Beratungen den Vorrang haben müsse, wenn er rechtzeitig einberufen sei.

Krone bemerkt hier, daß der Bundesrat zum Wehrpflichtgesetz³⁵ ein Wort im Vermittlungsausschuß sagen wolle. Das bedeute also die Verschiebung bis zum Herbst. Ähnlich sei es bei der Handwerkeraltersversorgung³⁶.

Von Hassel erwidert, daß der Bundesrat bei dem Lücke-Plan den Vermittlungsausschuß nicht angerufen habe, damit die Sache von der Tagesordnung gekommen sei. Im Wehrpflichtgesetz seien drei Punkte, von denen zwei grundsätzliche Bedeutung hätten, daß nämlich im Bundesgesetz nicht bestimmt werden kann, welche Landesbehörden ausführend sein sollen; das sei nämlich den Ländern vorbehalten. Und die Frage der Kosten. Er, von Hassel, habe durchgesetzt, daß der Vermittlungsausschuß nur wegen dieser drei Punkte angerufen worden sei und daß alle Länder im Verteidigungsausschuß erklärten, daß das Verteidigungsministerium planen könne, ohne durch diese drei für die Durchführung des Gesetzes unwesentlichen Punkte behindert zu sein.

Adenauer widerspricht dieser Auffassung. Diese Punkte seien für die Sache entscheidend. Minister Strauß habe wenigstens ein halbes Dutzend mal Tränen hier bei ihm vergossen, wie ihm die Länder alles kaputtmachen, indem sie z.B. die notwendigen Bauten nicht durchführen.

Von Hassel erwidert, daß es sich ja hier nur um die Benennung von Mitgliedern für gewisse Ausschüsse handele. (*Adenauer*: Da haben wir doch auch schon traurige Erfahrungen gemacht!) Das zweite sei die finanzielle Frage. Beim Luftschutzgesetz³⁷ habe man die Finanzträgerschaft genau geregelt, hier aber habe man die Länder zuständig gemacht. Das habe der Bundestag gewußt. (*Krone*: Das ist doch vorher mit Ihnen beraten worden.) Der Bundesrat habe dazu Stellung genommen, sei aber mit seiner Ansicht nicht durchgekommen. Jedenfalls habe man dem Verteidigungsminister erklärt, daß er weiter planen könne, auch die SPD habe das getan.

Adenauer weist darauf hin, daß ja der Bundesrat, ohne der Bundesregierung etwas zu sagen, es betreibe, die Fristen, die dem Bundesrat im Grundgesetz gesetzt sind, zu verlängern. Er finde es unfreundlich, das hinter dem Rücken der Bundesregierung zu tun. Außerdem finde er es durchaus fehl am Platze. Man verkenne offenbar die Aufgaben des Bundesrats. Dieser lege sich mehr Recht zu als der ganze Bundestag. Der Bundesrat wolle im ersten Durchgang alles bis ins Letzte prüfen. Nach der Beratung im Bundestag wolle er das noch einmal tun. Der Bundesrat habe eine Bürokratie aufgezogen, die unmöglich sei und die dem Sinn des Grundgesetzes diametral entgegengesetzt sei. Er, der Bundeskanzler, sei gegen den Bundesrat und für ein Oberhaus gewesen, also Beteiligung der Länder wie im Reichsrat in Preußen.

35 Gesetz vom 28. November 1960 – BGBl I S. 853. Zum Verlangen des Bundesrates auf Einberufung des Vermittlungsausschusses (BT-Drs. 2014 vom 15. Juli 1960).

36 Vgl. Nr. 10 Anm. 93.

37 Erstes Gesetz über Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung vom 9. Oktober 1957 (BGBl I S. 1696) und das Gesetz zur Errichtung des Bundesamtes für zivilen Bevölkerungsschutz vom 5. Dezember 1958 (BGBl I S. 893).

Von Hassel führt aus, daß es in den Ländern wegen der Fristenfragen unglaubliche Schwierigkeiten gäbe. Deshalb habe der Bundesrat mit dem Bundestagspräsidenten gesprochen. Man wollte diese Gedanken niederlegen, um sie dann mit dem Bundeskanzler zu besprechen. Aber zuerst seien diese Gespräche beider Häuser notwendig gewesen. (Adenauer: Warum „beider Häuser“? Sie sind überhaupt kein Haus, Sie sind der Bundesrat!)

Gerstenmaier glaubt, daß die Position des Bundesrats so nicht haltbar sei. Was beim Gesetz über die Reinhaltung der Wasserstraßen³⁸ geschehen sei, sei doch eine politisch sinnlose Demonstration gewesen.

Dufhues wirft hier ein, daß ihm die Stimmen der Landwirtschaft bei ihm im Land lieber seien als die Vorstellungen des Herrn Seebohm.

Adenauer weist darauf hin, daß der Bundesrat bei dieser Frage im Vermittlungsausschuß nicht vollständig vertreten gewesen sei. Es sei jemand auf den Rat von Herrn Dufhues weggegangen. (Dufhues: Woher wissen Sie das?) Dabei habe aber Herr Dufhues nicht daran gedacht gehabt, daß Herr Zinn³⁹ hätte bleiben müssen, weil er Vorsitzender gewesen sei. Aber er wolle nun zu dem Kapitel Strauß noch etwas sagen. Strauß habe ihm gesagt, daß einige Länder die Gesetze sabotieren, die zur Durchführung der Landesverteidigung erlassen sind.

Dufhues fragt, ob Herr Strauß dabei Nordrhein-Westfalen genannt habe. Wenn er es getan habe, dann gegen seine bessere Kenntnis.

Adenauer fährt fort, daß diese Länder Strauß bei Bauten und anderen Anlagen zwingen, in andere Länder zu gehen. Von Nordrhein-Westfalen habe Strauß in diesem Zusammenhang nicht gesprochen, wohl aber im Zusammenhang mit der Musterung. Jetzt sei man gezwungen, nach Portugal, Spanien und Frankreich zu gehen, weil man im eigenen Land nicht zurechtkomme. Daraufhin habe er, der Bundeskanzler, Herrn Hopf⁴⁰ gefragt, um welche Länder es sich handle. Die Antwort sei gewesen, daß es sich um Niedersachsen handle. Man werde Sorge dafür tragen, daß die CDU im dortigen Landtag entsprechende Vorhaltungen mache.

Etzel fügt hier an, daß er Sorgen habe wegen der Haltung des Bundesrats zum Bundeshaushalt. Der Bundestag nehme ja nicht an den Beratungen des Haushalts der Länder teil, wohl aber die Länder an der des Bundes. Einige Ausschüsse des Bundesrats, so der Sozialausschuß, seien nun dazu übergegangen, Ausgabenwünsche zu provozieren. Den Bund auf diese Weise zu weiteren Ausgaben zu bringen, scheine falsch. Dieser Vorgang sollte noch einmal bedacht werden.

Adenauer betont, daß hier im obersten Parteigremium klar gesehen werden müsse, wohin man komme, wenn in dieser Partei nicht eine Instanz mit der anderen

38 Vgl. Anm. 19 und 20.

39 In der Vorlage: Zinne. – Georg-August Zinn (BT-Drs. 1959 vom 24. Juni 1960). Vgl. Nr. 1 Anm. 33.

40 Volkmar Hopf (geb. 1906), 1959–1964 Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung, 1964–1971 Präsident des Bundesrechnungshofes.

zusammenarbeite. Das schädige das Ansehen der Partei eminent. Worin bestehe denn die Stärke der SPD? Nicht in der Güte ihrer Leute oder ihrer Prinzipien, sondern darin, daß diese Leute Disziplin hätten. Man könne keine Partei in einem so föderativen Staatswesen, auch nicht auf der Ebene des Bundes, so attraktiv machen, wenn diese Gegensätze ständig bald hier, bald da zutage träten, zwischen einer Regierung, die von der CDU geführt wird und anderen Regierungen, die auch von der CDU geführt werden.

Wegen des zweiten Fernsehens sei man allmählich lächerlich geworden. Überall bildeten sich inzwischen Fernsehgesellschaften. Er, der Bundeskanzler, habe zweimal mit Herrn Altmeier verhandelt und gedacht, man habe sich geeinigt. Dann habe er gesehen, daß er ein blöder Tor sei. Altmeier sei dann mit Hermans⁴¹ nach Kiel gefahren, und alles sei wieder vorbei gewesen. Man müsse Herrn Hermans kennen; dieser sei ein kluger Mann, aber für seinen, des Bundeskanzlers, Geschmack zu klug.

Gerstenmaier bemerkt, daß Herr Hermans 1947 stehengeblieben sei und seinen Ministerpräsidenten entsprechend berate.

Dufhues ergänzt diese Bemerkung mit der Feststellung, daß man ja schon weiter gewesen sei. Er habe sich aber dann aus der Sache herausgehalten, weil es wirklich keinen Spaß mehr gemacht habe.

Schröder bezeichnet die Einberufung des Bundesratsausschusses für Freitag als deprimierend. Er selbst wäre nie auf den Gedanken gekommen, daß vorher etwa mit den Leuten von der SPD verhandelt werden könnte. Man müsse doch nicht erst erläutern, daß diese Sache nur gegen den eisernen Widerstand der SPD zustande zu bringen sei. Und bei dieser Lage komme man dann wenige Stunden vor der weiter beabsichtigten Verhandlung mit der SPD zusammen. Ein solches Vorgehen sei unmöglich, aber auch symptomatisch.

Adenauer fragt, warum denn Herr Altmeier diese Einladung ausgesprochen und diesen Ausschuß gemacht habe.

Dufhues antwortet, daß jedes Gesetz im Bundesrat einen Ausschuß beschäftigen müsse.

Schröder erwidert, daß es sich hier doch um einen Ad-hoc-Ausschuß handele. Diesen Ausschuß habe man im zweiten Durchgang gebildet und habe sich damit die Hände gegenüber der Linken gebunden.

Adenauer drückt seine Empfindung aus, daß man ihn bewußt hinters Licht geführt habe, indem man den Termin so dirigierte, daß man diese Ausschußsitzung noch durchführen konnte.

Dufhues widerspricht mit dem Hinweis, daß dieser Termin wegen Verhinderung von Mitgliedern des Ausschusses verlegt worden sei.

41 In der Vorlage: Herrmanns. – Hubert Hermans (1909–1989), 1948 Leiter der Rechts- und Gesetzgebungsabteilung der Staatskanzlei Rheinland-Pfalz, 1952 Bevollmächtigter des Landes Rheinland-Pfalz beim Bund, Staatssekretär (CDU).

KRANKENVERSICHERUNGSGESETZ

Dufhues wolle sich nun der Wahl 1961 zuwenden. Am 23. Oktober 1960 seien Wahlen⁴² in einem Gebiet, das einwohnermäßig größer sei als die halbe Bundesrepublik. Der dort herrschende Trend werde Bedeutung haben für die Bundestagswahlen. Die meisten Schwierigkeiten entstünden durch die Krankenkassenreform und den Lücke-Plan. Bei der ersteren sei zu bedauern, daß alles ungeklärt geblieben sei, was in diesem Komplex der Klärung bedürfe. Deshalb bitte die CDU Nordrhein-Westfalens darum, daß sich Bundesregierung und Bundestagsfraktion über die Grundgedanken der Regelung einigen möchten und daß diese Einigung mit hinreichender Autorität bekanntgemacht werde. Es müsse vor dem 23. Oktober klagemacht sein, welche Haltung Regierung und Fraktion in dieser Frage einnähmen. Mit dem Lücke-Plan werde man fertigwerden können. Hier müsse man nicht so pessimistisch sein. Aber es sei notwendig, daß die Bundespolitiker sich im Wahlkampf mit diesen Dingen befaßten. Aber bisher seien nur zurückhaltende oder negative Antworten zu erhalten gewesen, wenn man Bundespolitiker um Reden angegangen habe.

Gerstenmaier weist darauf hin, daß das Vorschaltgesetz der SPD⁴³ zur Krankenkassenreform das Thema von selbst auf den Tisch bringen werde. Man müsse also Farbe bekennen. Ein harter Entschluß, der durchgestanden werde, werde vergessen und vergeben und eher respektiert werden, Führungslosigkeit und Entschlußlosigkeit seien unmöglich, weil man dabei den Respekt verliere. Die Sache werde etwa am 28. oder 29. September auf die Tagesordnung kommen, Schwierigkeiten bereite aber, daß die CDU/CSU-Fraktion wohl noch einige Zeit brauchen werde, um zu einer klaren und eindrucksvollen Linie zu kommen.

Blank berichtet dazu, daß der zuständige Arbeitskreis der Fraktion vom 5. bis 10. September in der Nähe von Münster in Klausur gehen werde.

Adenauer bedauert sagen zu müssen, daß er keine Einigung erhoffen könne. Es tue ihm leid, Herrn Blank weh tun zu müssen, aber in der Fraktion herrsche ein verbissenes Gegeneinander und eine gemeinsame Einstellung gegen das Ministerium – man habe ihm doch in Anwesenheit von Herrn Dr. Krone gesagt, daß sich nur noch ein Mann um die ganze Sache bemühe, der Minister nicht, der Staatssekretär nicht, sondern ein Ministerialrat –, die Gegensätze seien so scharf, und er selbst habe sich überzeugt, daß man mit Recht anderer Meinung über das Gesetz sein könne.

Blank erwidert, daß er sich gegen solche Vorwürfe verteidigen müsse. Dr. Krone in seiner Eigenschaft als Fraktionsvorsitzender sollte ihm dabei zur Seite treten. In dem Gesetz seien zwei Dinge strittig, alles andere nicht. Strittig seien die Selbstbeteiligung und die Änderung des Kassenersatzrechts, weil nämlich abgegangen werde von

42 Kommunalwahlen in Rheinland-Pfalz und Hessen. Vgl. Nr. 10 Anm. 61.

43 Entwurf eines Gesetzes über vordringliche Maßnahmen in der gesetzlichen Krankenversicherung vom 21. Juni 1960 (BT-Drs. 1926).

der pauschalen Überweisung an die Kassenärztliche Vereinigung. Für den Entwurf hätten sich ausgesprochen der gesamte Verband der Zahnärzte, für die prozentuale Beteiligung der Hartmann-Bund⁴⁴. Seitens der Kassenärztlichen Vereinigung habe man erklärt, daß man eine noch weiter gehende Pauschalierung wünsche, ebenso die Verpflichtung, einen bestimmten prozentualen Anteil an die Kassenärztliche Vereinigung auszahlend und dieser zu überlassen, welche Krankenscheinvergütungen zu zahlen seien. Eine Änderung sei unumgänglich, da man sonst mit dem Geld nicht ausreichen werde.

Aus der Arbeitnehmerschaft selbst sei ein Teil der Meinung, daß eine Selbstbeteiligung nicht stattfinden solle, außer in der Form einer Krankenscheingebühr. Demgegenüber habe das Ministerium seine Auffassung dargelegt, man habe in der Fraktion abgestimmt, und der übergroße Teil der Fraktion habe der Regierungsvorlage zugestimmt. Dann sei eine Reihe von Leuten aus der Fraktion beim Bundeskanzler gewesen, und bei dieser Gelegenheit sei ein Kompromißvorschlag gemacht worden. Als er, Blank, von Luxemburg zurückgekommen sei, habe er die Sache, an der er natürlich keine helle Freude gehabt habe, mit seinen Leuten besprochen. Dann habe Herr Krone ihn zu sich gebeten und ihn dahin gebracht, dem Kompromiß zuzustimmen, weil ihm die Einheit der Fraktion und das Zustandekommen eines Beschlusses mehr wert erschienen sei als seine Überzeugung, daß die Regierungsvorlage sachlich besser sei. Dann habe auch er vor der Fraktion für den Kompromiß gesprochen, und auch Herr Scheppmann⁴⁵ habe andere ermächtigt gehabt, seine Zustimmung zu erklären. Nach kurzer Diskussion sei dann Einmütigkeit für den Kompromiß zustande gekommen, nur die Herren Gaßmann⁴⁶, Ruf und einige andere hätten dagegen polemisiert.

Der Bundeskanzler habe dann die Abgeordneten eingeladen, und bei der ersten Gruppe habe eine Reihe von Leuten, die in der Fraktion dem Kompromiß zugestimmt hatten, nämlich Ruf, Reith⁴⁷, Frau Dr. Steinbiß, Frau Dr. Pannhoff⁴⁸, dem Bundeskanzler erklärt, daß der Kompromiß unmöglich sei und daß die Fraktion nun nicht mehr wisse, ob sie sich mit der Regierungsvorlage, dem Kompromiß oder sonst etwas beschäftige. Nun, nachdem in aller Öffentlichkeit erklärt worden sei, daß der Kompromiß nicht durchführbar sei, müsse man nach einer Formulierung suchen, wie und in welcher Weise eine Selbstbeteiligung möglich sei, und sich zu der Frage, in der man vom Standpunkt der CDU aus wohl nicht nachgeben könne, daß ein Arzt in Zukunft nur honoriert bekommen soll, was er an Leistung erbracht habe und was aus seiner Rechnung zu ersehen sei, äußern. Seine, Blanks, Theorie sei und bleibe:

44 Verband der Ärzte Deutschlands e.V.

45 Heinrich Scheppmann (1895–1968), Gewerkschaftssekretär; vor 1933 Zentrum, 1945 Mitgründer der CDU Rheinland, 1945–1953 Mitglied des Stadtrats Essen, 1953–1965 MdB.

46 Walter Gaßmann (1903–1979), seit 1938 Abteilungsleiter, Prokurist und Direktor bei der Daimler-Benz AG, 1957 stv. Vorstandsmitglied, 1957–1965 MdB (CDU).

47 Dr. Eckard Reith (geb. 1919), praktischer Arzt; 1957–1961 MdB (CDU).

48 Dr. Maria Pannhoff (1902–1989), praktische Ärztin; Vorstandsmitglied der Bundesfrauenausschüsse der CDU, 1957–1965 MdB.

Es möge sein, daß dieses oder jenes schwer zu vertreten sei vor der Öffentlichkeit. Sicher sei aber, daß keiner vor die Öffentlichkeit treten könne, weil man nicht wisse, was die Fraktion nun eigentlich wolle. Die Regierungsvorlage stamme aus dem Jahre 1955, sei das Ergebnis der Beratung der Grundsätze im Sozialausschuß des Kabinetts und der Beratungen im Kabinett aufgrund der zwischen allen Ressorts ermittelten Kabinettsvorlage. So glaube er nicht, daß er diese Form der Kritik verdient habe, daß er sich um nichts kümmere. Er nähme im Gegenteil für sich in Anspruch, ein fleißiger Mann zu sein. Deswegen sollte er in Schutz genommen werden.

Adenauer erwidert, daß Herr Blank ihn mißverstanden haben müsse, wenn er glaube, um Schutz bitten zu müssen. Er habe lediglich wiedergegeben, was die Fraktionsmitglieder ihm gesagt hätten. Er habe doch nichts gesagt. Aber Herr Blank habe doch selbst gesagt, daß offenbar das Ganze aufgegeben sei. Er habe auch gesagt, daß er dem Kompromiß zugestimmt habe. Nun habe ihm, dem Bundeskanzler, der praktische Arzt Reith erklärt, das Prinzip sei, daß eine Krankenkasse, wenn ihre Ausgaben einen bestimmten Prozentsatz der Beiträge übersteigt, die Selbstbeteiligung einführen muß. Er habe gesagt, daß er zu Hause die Krankenkassenmitglieder der Lederfabrik Freudenberg und solche aus der Landkrankenkasse habe. Die Mitglieder der Krankenkasse Freudenberg bezögen aber hohe Löhne, hätten keine Frauen dabei und keine Rentner, und folglich käme man mit einem verhältnismäßig niedrigen Prozentsatz aus. In der Landkrankenkasse seien aber 23 % Rentner und Frauen, die Löhne seien gering, und folglich müsse die Landkrankenkasse, um das alles zu leisten, höhere Prozentsätze erheben. Damit bestrafe man also die Kassen, die nicht durch die Verschiedenheit ihrer Leistungen, sondern durch die Struktur ihrer Mitglieder gezwungen sind, höhere Prozentsätze zu nehmen. (*Blank*: Genau das vermeidet die Regierungsvorlage!)

Natürlich könne man über diese Materie noch drei Tage lang reden. Aber Herr Blank wisse ja, wie es im Kabinett hergegangen sei. Dieses Gesetz sei eine außerordentlich schwierige Materie, von der er, der Bundeskanzler, noch eine leise Ahnung aus seiner Oberbürgermeisterzeit habe. Herr Blank habe damals vorgetragen, daß alles in Ordnung sei, mit Ausnahme von zwei Punkten, nämlich Selbstbeteiligung, wozu er, der Bundeskanzler, noch gesagt habe, daß das unmöglich sei, was da vorgesehen sei, und wozu Herr Blank geantwortet habe, man müsse den Mitgliedern des Bundestages eine Möglichkeit geben, sich klüger zu erweisen. Man habe dann das Gesetz passieren lassen, und er, der Bundeskanzler, bedaure heute tief, daß er das getan habe. Er sei dafür mitverantwortlich. Es möge sein, daß das falsch gedacht sei; aber die Gebührenordnung sei noch nicht da. Wie könne man dann von den Ärzten verlangen, daß sie einem Gesetz zustimmen, ohne zu wissen, wie die Gebührenordnung aussieht. Von dieser Gebührenordnung sei ihm erzählt worden, daß einige Beamte des Arbeitsministeriums mit ihrer Ausarbeitung befaßt seien. Ein Arzt sei dabei aber nicht gefragt worden. Jedenfalls würden die Ärzte nichts davon. Und nun liege diese Gebührenordnung noch nicht vor.

Blank erwidert, daß er auf Wunsch des Bundeskanzlers den wesentlichen Inhalt

der Gebührenordnung den Damen und Herren im Bundestag zur Kenntnis gebracht habe. Diese hätten sie dann noch am selben Tag an die Kassenärztliche Vereinigung abgeliefert. Die Ärzte hätten aber doch bei der Ausarbeitung mitgeholfen. Gegenwärtig seien diese nicht mehr direkt und unmittelbar interessiert, weil sie sagen, daß die bisherige Gebührenordnung brauchbar und akzeptabel sei. Man könne die neue Gebührenordnung in dem Augenblick auf den Tisch legen, in dem man sehe, daß das Sinn habe. Im übrigen bitte er den Herrn Bundeskanzler, doch die Herren vom Vorstand des Hartmann-Bundes zu empfangen.

Adenauer berichtet nun, daß er am Vortage eine Besprechung mit Frau Ohnesorge⁴⁹ gehabt habe, die praktische Ärztin gewesen sei und mit der er eine Reihe von Problemen besprochen habe. Diese Frau wisse mit den gemachten Vorschlägen auch nichts anzufangen und verstehe auch nicht, daß die Gebührenordnung noch nicht da sei. Die Ärzte sollten zustimmen und wüßten dabei gar nicht, was passiere.

Krone schaltet sich hier ein und meint, daß es keinen Zweck habe, so fortzufahren. Er wolle ein Wort für Blank sagen, der hier eine ungeheuer schwierige Materie zu vertreten habe und dessen Darlegungen in Stuttgart bei allen anwesenden Fraktionsmitgliedern Zustimmung gefunden hätten. Erst später habe man gesagt, daß man das anders machen wolle. Da sei es natürlich schwer, eine Linie durchzuhalten, wenn in der gleichen Fraktion einmal hü und einmal hott argumentiert werde. Es gäbe kein anderes Gesetz, das so viel Schwierigkeiten gemacht habe und bei dem jede Richtung meine, sie habe den Stein der Weisen. So sei dann der Versuch gemacht worden, einen Kompromiß zu finden auf der Linie, daß man die Frage der Selbstbeteiligung in die Zuständigkeit der Selbstverwaltung gibt. Er, *Krone*, wisse, was jene Herren dem Bundeskanzler gesagt hätten, auch, daß die bundeseinheitliche Normierung eine nicht durchführbare Sache sei. Nicht verstehen könne er aber, daß dieselben Kollegen nach dem Kompromiß zum Bundeskanzler gekommen seien und dort ausgesprochen hätten, daß sie dagegen seien. Den Vorstellungen Blanks liege doch zugrunde, daß sich die Patienten an ihrer Gesundheit selbst mitbeteiligen sollen. Aber selbst dieser Gedanke werde nicht von der ganzen Fraktion bejaht. So sehe er, *Krone*, noch keinen Weg, wie die ganze Fraktion auf eine Linie gebracht werden könne. Ob das bis zu den Wahlen gelinge, wisse er nicht. Es müsse gelingen; wenn nicht, dann stehe man vor einer großen politischen Frage. Andere böten uns dabei keine Hilfe. Hier trete die Linke auf, verstärkt durch die Gewerkschaften und durch die Ärzte. Es sei einfach zu sagen, daß man einen Weg finden müsse, aber wie, das sage keiner. Auch er, *Krone*, sehe bisher keinen Weg.

Adenauer stellt fest, daß dieser ganze Entwurf vom Ministerium des Herrn Blank psychologisch denkbar schlecht behandelt worden sei. Man habe nicht rechtzeitig und genügend mit den Betroffenen Fühlung genommen. Bei ihm und Herrn *Krone* seien

⁴⁹ Dr. Lena Ohnesorge (1898–1987), praktische Ärztin; 1950–1958 (GB/BHE) und 1962–1967 (CDU) MdL Schleswig-Holstein, 1957–1967 Landesministerin für Arbeit, Soziales und Vertriebene.

doch die Ärzte auch gewesen und hätten sich beklagt, daß sie nicht gehört worden seien. Er wisse von Ärzten, die CDU-Leute und nicht Führer einer Organisation seien und die im Ministerium gewesen seien und erklärt hätten, nicht einmal ihren Hund würden sie in dieses Ministerium schicken, und der Ministerialdirigent des Herrn Blank habe mit seiner Verlautbarung⁵⁰ einen solchen bürokratischen Hochmut gezeigt, daß er, der Bundeskanzler, entsetzt gewesen sei. Herr Blank habe da eine Reihe von Leuten sitzen, die einen solchen bürokratischen Hochmut haben, daß sie alle Leute abstoßen. Aber ihn, den Bundeskanzler, jucke es, wenn er das sehe, diesen Hochmut, der alles, was aufzubringen ist, gegen den Entwurf des Ministers aufbringt. Der Name des Ministers werde am wenigsten genannt, um so mehr die Leute des Ministers. An diesem Abend, an dem er das alles gehört habe, sei er erschüttert gewesen, sei nach Hause gegangen und habe sich die ganze Nacht damit herumgeschlagen, weil die Wahl damit kaputtgehe. – Es habe keinen Zweck, in die Details zu gehen. Ob es noch einen Weg gebe, wisse auch er nicht; aber man müsse ihn suchen. Psychologie aber sei bei diesem Gesetz das Grunderfordernis.

Katzer hält es für besser, nach vorn zu blicken. Bei den Äußerungen in Stuttgart sei nicht der Regierungsentwurf gemeint gewesen, sondern die Krankenversicherung als solche. Schon mit dem Referentenentwurf sei die öffentliche Meinung vergiftet gewesen, weil die Opposition zusammen mit den Gewerkschaften das Schlagwort „Sozialdemontage“ gebraucht habe. Nun müsse man noch vor den Kommunalwahlen und vor der ersten Lesung des Vorschaltgesetzes der SPD eine Entscheidung herbeiführen, weil der Zustand so unerträglich sei und weil die Auswirkungen größer seien, als man meine. Dazu komme, daß teilweise stark erhöhte Mieten zu bezahlen seien. Es bestehe von der Partei her die Verpflichtung, diesen Faden durchzuschneiden.

Es gebe doch einen Ausweg. Der Sozialpolitische Ausschuß habe zwei Tage getagt, und man könne nicht leugnen, daß dort fachkundige Kollegen sitzen, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, auch Ärzte, auch Frau Ohnesorge sei dagewesen, und man habe versucht, einen neuen Kompromiß zu finden, weil nach Meinung der Experten der Fraktionskompromiß als nicht glücklich empfunden wurde. Dieser Kompromiß sehe so aus: Bei den Pflichtversicherten will man einen Krankenschein

50 Aufgrund „einer angeblichen Äußerung des 1. Vorsitzers der KBV (=Kassenärztlichen Bundesvereinigung), Dr. Voges, daß bei unbefriedigendem Ergebnis der Krankenversicherungs-Neuregelung ein Ärztestreik denkbar sei“, hatte die Pressestelle des Bundesarbeitsministeriums in einer Verlautbarung vom 24. Juni 1960 mit Zuchthaus gedroht: „Unter diesen Umständen wird zu prüfen sein, ob Dr. Voges den Tatbestand des Paragraph 105 des Strafgesetzbuches erfüllt hat, der das Unternehmen der Nötigung eines Gesetzgebungsorgans mit Zuchthaus nicht unter fünf Jahren oder mit Einschließung von gleicher Dauer bedroht.“ Von dieser Verlautbarung distanzierte sich der Bundesarbeitsminister umgehend, während sich der Kanzler im Namen der Bundesregierung bei Dr. Voges entschuldigte, so RICHTER/MÜLLER S. 43f. (Zitate ebd.). – Der erwähnte Ministerialdirigent war vermutlich Ministerialdirektor Joachim Raack.

und eine Rezeptgebühr, für die freiwillig Weiterversicherten bis DM 12.000,- Jahreseinkommen will man den Fraktionskompromiß und für die über DM 12.000,- Verdienenden das Rückerstattungssystem. Diesen Vorschlag solle man beachten. Er diene dem Zweck, möglichst schnell mit Herrn Blank einig zu werden. Hier sei doch eine Grundlage. Man sollte diesen Kreis noch einmal zusammenrufen und ihn fragen, ob hier eine Lösung zu sehen sei. Es habe doch keinen Sinn, ein Gesetz gegen den Willen der Beteiligten durchzusetzen. Jetzt müsse einmal Schluß sein, und die Partei müsse ein Machtwort sprechen, um diese Sache vom Tisch zu bringen, sonst werde man sich an ihr den Hals brechen.

Adenauer findet es bezeichnend, daß sich Herr Blank darüber aufgeregt habe, daß der Herr, dem er den Entwurf der Gebührenordnung gezeigt habe, zu den Krankenkassen gegangen sei. Diese Geheimniskrämerei verstehe er nicht. Frau Ohnesorge habe ihm, dem Bundeskanzler, das Leben und die Sorgen eines Kassenarztes erzählt und wie es um dessen Existenz bestellt sei. Die Ärzte hätten keine Pension, seien freiberuflich tätig und in einer gefährdeten Stellung, weil sie Ansteckung und alles mögliche bedrohe, sie müßten Tag und Nacht zur Verfügung stehen. Warum ziehe man denn diese Leute nicht mit heran, und warum sage man ihnen denn nicht, wie die Gebührenordnung aussieht. Das sei völlig unverständlich. Überhaupt finde er, der Bundeskanzler, die ganze Methode in dieser Sache schrecklich. Wenn man bei dieser Sache die Leute, auch die Ärzte, nicht zur Ruhe bekomme, dann wisse der Himmel, was werde. Denn es habe doch jeder Kassenarzt in der Hand, was er zu seinem Patienten sage, und dann gehe dieser nach Hause und sage: „Das verfluchte Gesetz!“ – Herr Blank solle doch nicht der Bürokratie, sondern seinem gesunden Empfinden folgen.

Fricke unterstreicht, daß er sich sofort vor die Grundthesen dieses Gesetzes gestellt habe. Er habe am Anfang mutig für diese Grundkonzeption gekämpft. Aber dann sei Unsicherheit aufgekommen. Es sei gesagt worden, daß doch eine andere Lösung bevorstehe. 40.000 Kassenärzte seien betroffen, 30.000 davon befolgten die Parolen, die von oben gekommen seien, und hätten eine Propaganda gegen die CDU getrieben, wie sie schlimmer nicht sein könne. Nun sei es ein dringendes Anliegen, daß Herr Blank nicht sein Gesicht verliere, auch nicht für die Sünden der Fraktion. Man müsse nun gemeinsam daran arbeiten, um zu finden, wie im September der Weg gehe. (*Adenauer*: Dieser Gesetzentwurf wird keine Mehrheit finden, wie ich die Fraktion kenne.)

Schröder weist darauf hin, daß der engere Vorstand ein Gremium sei, das politische Risiken abwägen müsse. Im Hinblick auf die bevorstehende Wahl am 23. Oktober und auf die erste Bundestagssitzung am 28. September bleibe gerade noch genügend Zeit, um draußen die notwendigen Wahlreden halten zu können. Auf dem Deutschen Apothekertag⁵¹ sei ihm von Herrn Stammberger⁵² geraten worden, diesen Entwurf

51 Deutscher Apothekertag vom 24. bis 27. Juni 1960 in Münster. Vgl. FAZ vom 27. Juni 1960.

52 Dr. Wolfgang Stammberger (1920–1982), 1953–1969 MdB (FDP, seit 1964 SPD), 1957–

noch vor den Ferien über Bord zu werfen. Er habe den Eindruck, daß man nicht bis zum September warten könne, bis man etwas sage, sondern dies sei eine Sache, bei der eigentlich die Entscheidung schnellstens festgelegt werden müsse, um eine ganz klare Stellungnahme abgeben zu können. Eine grobe Alternative sei zu sagen, daß man sich mit der Krankenversicherung überhaupt nicht weiter befassen werde.

Adenauer warnt davor, damit anzufangen. Das könne man doch nicht machen, weil sonst das Gesetz der SPD komme. Er wolle einen kleinen Ausschuß haben, an dem Herr Blank teilnehmen solle, aber keiner seiner Leute, dann ein Arzt oder zwei vernünftige Ärzte, zwei Krankenkassendirektoren und ein oder zwei Politiker. Dann müsse man sehen, ob man nicht bis zum Herbst etwas Neues habe. Es sei ja auch nicht so, daß es sich nur um diese zwei Hauptpunkte handele. In der ganzen Sache sei eine Verbiesterung, der man nur Herr werden könne, wenn man mit etwas Neuem komme. Ob das dann den gleichen Inhalt habe, sei eine Frage für sich; aber es müsse eine neue Verpackung dabeisein.

Blank erinnert daran, daß Herr Katzer eben vorgetragen habe, daß in der Beratung des Sozialpolitischen Ausschusses eine vertretbare Lösung gefunden worden sei. Am Tag nach dieser Sitzung seien aber schon die Vertreter des Hartmann-Bundes erschienen und hätten ihn, Blank, beschworen, alles daranzusetzen, daß dieser Vorschlag nicht komme. Mit dieser Bemerkung wolle er nur zeigen, daß der Bundeskanzler nicht das ausstehen habe, was der Minister ausstehen müsse. Was man heute mit dem einen hinbekomme, das werde morgen von dem anderen abgelehnt. Er würde den Vorschlag des Bundeskanzlers sofort akzeptieren und alle seine Zeit daransetzen, aber er habe nicht sehr viel Hoffnung, daß das gehen werde. Er denke nur an die Gebührenordnung und an die vielen Besprechungen, die darüber geführt worden seien. Es seien 40 % praktische Ärzte und 60 % Fachärzte vorhanden. Die Fachärzte wollten eine neue Ordnung, die anderen nicht. Es sei nicht möglich, alle unter einen Hut zu bekommen. Hier müsse sich die Fraktion entscheiden und ihren Beschluß dann durchziehen.

Krone begrüßt, daß Herr Blank erneut prüfen wolle, ob sich nicht ein Weg finde. Wenn sich ein Weg finde, dann solle man ihn im Parteivorstand, entweder im engeren oder im weiteren, behandeln, damit sich dieser äußern könne. Dann habe auch er, Krone, es leichter in der Fraktion, und wenn der Vorstand sich entschlöße, werde auch die Fraktion entsprechend Beschluß fassen und diesen Beschluß durchziehen. Dabei müsse man sehr genau prüfen, inwieweit jede finanzielle Inanspruchnahme wahlfördernd oder wahlhemmend ist. Dann müßten die Herren Farbe bekennen, ob sie glaubten, daß man das durchziehen könne, und wie es gestaltet werden solle.

Höcherl erinnert daran, daß man zunächst die Regierungsvorlage verteidigt, dann aufgegeben, dann einen einstimmigen Fraktionsbeschluß gefaßt habe. Wenn man nun noch einen Beschluß fasse, und dieser werde wieder nicht akzeptiert, dann habe man

1961 Vorsitzender des Ausschusses für Gesundheitswesen, 1961–1962 Bundesminister der Justiz.

die Spitze der Lächerlichkeit erreicht. Wenn man etwas mache, dann müsse das von der Partei auf die Hörner genommen werden und müsse auch Geltung haben. Die „SO-POS“ (Sozialpolitiker) seien ja schließlich nicht die einfachsten Leute. Es gäbe keinen anderen Ausweg, als einen eventuellen Beschluß mit der Mehrheit der CDU/CSU durchzuziehen, im Zweifelsfall in namentlicher Abstimmung. Die Grundlagen dafür müßten von dem vom Bundeskanzler angeregten Ausschuß geschaffen werden. Wenn man nicht zu einem Ergebnis komme, dann gehe eben das Gesetz nicht.

Adenauer verweist darauf, daß bei einem Glas Wein bekanntlich die Leute mehr aus sich herauskämen als sonst. Dr. Krone habe damals jeden einzelnen gefragt, was er für richtig halte. Es seien vier verschiedene Ansichten gekommen, und jeder habe nur seine für richtig gehalten: wie die Hunde in das Fell des anderen verbissen. Deshalb müsse man etwas Neues bringen, um mit Anstand aus der eingenommenen Position herauskommen zu können. Das scheine der einzige Weg zu sein, der in Frage komme.

Höcherl erklärt, wenn tatsächlich etwas Neues dabei herauskomme, dann sei es notwendig, die „SOPOS“ anschließend eigens zu verpflichten, anders gehe es nicht. Sonst sei eine Hilfe für Nordrhein-Westfalen nicht möglich.

Schröder fordert eine frühestmögliche Entscheidung, möglichst noch im Juli.

Adenauer bezeichnet diese Forderung als unreal; das könne doch nicht in 25 Tagen gemacht werden.

Fricke warnt davor, das Gewicht dieser Sache zu überschätzen. Man solle nicht wie das Kaninchen auf die Schlange nur auf diese eine Sache schauen. Die außenpolitische Debatte sei gut angekommen, die Regierungserklärung Brentanos und die Rede Guttenbergs hätten einen guten Eindruck gemacht, und er bitte darum, diese Reden gedruckt herauszubringen. (*Adenauer*: Ich habe Guttenberg gebeten, seine Rede noch etwas zu komprimieren.) Um die Krankenkassenreform habe man nun schon so viel gefochten. Er könne sich auch nicht vorstellen, daß der Lücke-Plan so schlecht draußen ankomme, wenn man ihn nur mutig interpretiere. (*Adenauer*: Was sind Sie für ein Philanthrop! Die einen empfinden es als ungerecht, die anderen aber nicht.) Er, Fricke, wende sich an Herrn Dr. Kraske mit der Frage, ob nicht etwas mehr in der Publizistik getan werden könne für die Auffassungen der CDU. Man müsse sich den Problemen stellen, auch andere Dinge spielten eine Rolle ... (*Adenauer*: Das ist ein schönes Wort, eine ganz neue Offenbarung.) Wenn man natürlich sehe, welche Mißstände zwischen Bundestag und Bundesregierung vorhanden seien, dann sei das ein Bild, als ob ein großes Führungsdurcheinander wäre ... (*Adenauer*: Ähnlich wie bei der CDU in Niedersachsen. Die haben mir genug Kummer gemacht.) Auf die CDU in Niedersachsen habe sich der Bundeskanzler schon immer verlassen können.

Adenauer führt aus, daß, wenn die Krankenkassengeschichte in die Agitation zu den Kommunalwahlen komme und der Lücke-Plan dazukomme, dann werde das große Schwierigkeiten bereiten. Der erste Entwurf sei madig gemacht worden, deshalb müsse man sehen, daß man ihn in einer neuen Verpackung herausbringe, und zwar so schnell wie möglich.

Blumenfeld wendet ein, daß bei allen Wahrücksichten es doch wesentlicher sei zu warten, bis man etwas Klares und Gutes zu bieten habe.

Adenauer warnt davor, die Sache zu lassen, wie sie ist. Damit würden die Wahlen verlorengehen.

Scheufelen meint, man müsse entweder die Finger ganz von der Sache lassen oder aber sie in gebührendem Abstand vor der Bundestagswahl durchbringen, damit die Versicherten die Dinge klar sähen. Wenn das Gesetz nicht so rechtzeitig käme, daß man die Auswirkungen überblicken könne, sähe er keine Möglichkeit mehr, wie es gemacht werden könne. 2 % der Lohnsumme würden doch für die vorhandenen Überstände aufgebracht, 30 % der ausgeschriebenen Arzneien würden nicht abgeholt.

Adenauer weist darauf hin, daß es auch Betriebskrankenkassen gäbe, in denen die SPD bestimme und wo Ordnung herrsche, aber auf der anderen Seite – und da sei der Denkfehler, den er auch gemacht habe – sei eine Betriebskrankenkasse etwas anderes als eine Landkrankenkasse. Es sei ein Irrtum zu sagen, daß eine Krankenkasse, die hohe Gebühren erhebe, schlecht sei, das sei dann ein Irrtum. Die Betriebskrankenkassen hätten geringe Risiken und hohe Löhne. Die Landkrankenkassen hätten 23 % Rentner. Das schlosse natürlich viel mehr an Krankheiten in sich, weil das alte Leute seien; außerdem seien die Beiträge gering. Dazu kämen die Frauen, die eher krankheitsanfällig sind und auch geringere Löhne hätten. Man dürfe nicht von den Verhältnissen in den Betriebskrankenkassen auf die Landkrankenkassen schließen. Man könne nicht gerade die armen und kranken Leute belasten. Das sei doch so einfach, daß es eigentlich jedermann klar sein müßte. Er sei dafür, daß nun Herr von Hassel seinen Bericht erstatte.

WAHLGREMIUM

Von Hassel leitet sein Referat mit der Bemerkung ein, daß die bisherige Diskussion schon einen Teil dessen vorweggenommen habe, was auch im Wahlgremium behandelt worden sei. Aufgrund der Entscheidung des Bundesvorstandes über die Verteilung der Aufgaben sei ein Wahlgremium eingesetzt worden, das die gleiche personelle Besetzung habe wie das Gremium des Jahres 1957: Es seien die Herren Dr. Krone, Rasner, Dr. Heck, die den Wahlkampf 1957 geführt haben, Dr. Meyers, der ebenfalls 1957 mitgeführt habe, und für die einzelnen Bereiche der Partei Frau Brauksiepe, Herr Katzer, Dr. Stoltenberg, Nahm; die CSU hätte Dr. Zimmermann benannt, der durch Herrn Wachter vertreten werde; für die ADK sei Herr Jahn⁵³ Mitglied dieses

53 Dr. Hans Edgar Jahn (geb. 1914), Journalist, Publizist; Mitgründer der Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Kreise (1951 Leiter, 1957–1969 Präsident), 1965–1980 MdB (CDU), 1970–1977 Vorsitzender der CDU Braunschweig, 1970–1979 MdEP. – Erinnerungen: An Adenauers Seite. Sein Berater erinnert sich. München/Wien 1987.

Gremiums. Das Wahlgremium habe seine Tätigkeit im Dezember 1959 aufgenommen und unterdessen achtmal getagt. Als besondere Themen seien hervorzuheben:

1. Vorbereitung des Bundesparteitags in Karlsruhe und langfristige weitere Veranstaltungen, besonders Vorbereitung der Bildungspolitischen Tage im November 1960 und Vorentscheidung über Bundesparteitag 1961. Die Bildungspolitischen Tage werden in Gelsenkirchen in den letzten Novembertagen stattfinden, der Bundesparteitag 1961 in der zweiten Aprilhälfte in Köln. Die Eröffnung des Wahlkampfes 1961 findet in der Westfalenhalle in Dortmund statt. In Übereinstimmung mit der Jungen Union ist eine Kundgebung junger Menschen im Juli 1961 in Frankfurt geplant.

2. Für 1960 ist erreicht worden in Zusammenarbeit mit Herrn Scheufelen und Dr. Burgbacher, daß die Finanzen sichergestellt sind bis 31. Dezember. Die Zahlungen sind zwar noch nicht eingegangen, jedoch bestehen Zusagen, die in der Tat auch eingehalten werden können.

3. Auf der Grundlage dieses Etats sind verschiedene Maßnahmen angelaufen. Je Bezirk ist ein Netz von ein bis zwei Vertrauensleuten im Aufbau und weitgehend bereits hergestellt. Ohne Bayern und Berlin werden seit 1. Juni 1960 etwa 18.000 Vertrauensleute mit dem wöchentlichen Informationsdienst⁵⁴ versorgt und damit in ihrer Arbeit unterstützt.

4. Das für den Wahlkampf notwendige politisch relevante Material in der Meinungsforschung ist zusammengefaßt, Vorlage der abschließenden Ausarbeitung wird Ende Juli erfolgen. Neben der statistischen Analyse wird sich dabei die Grundlage für die Wahlkampfkonzeption ergeben.

5. Die Ergebnisse der letzten Wahlen sind gemeindeweise mit entsprechenden Aufschlüsselungen zusammengestellt und analysiert.⁵⁵ Für Bayern und Baden-Württemberg ist diese Arbeit noch nicht abgeschlossen. Empfänger sind die Landesverbände, Kreisverbände und Kandidaten.

6. Eine Analyse für das ganze Bundesgebiet wird bis Mitte Juli vorliegen.

7. Bis zum Herbst werden einzelne Analysen für die Landesverbände erstellt.

8. Sämtliches Material über die SPD, besonders über deren Grundsatzkonzeption und über die Person Brandts, wird gesammelt, eine Erfolgsbilanz der Bundesregierung und der Bundestagsfraktion wird vorbereitet. Dabei wird eng mit dem Bundespresseamt zusammengearbeitet, das auch einen Film in Arbeit hat.

9. Weiter sind Tonbildschauen in Vorbereitung für die Außen-, Wehr-, Sozial- und Agrarpolitik; sie dienen der Ausbildung und Ausrichtung der eigenen Leute.

10. Mit der Heimatpresse finden regionale Pressetagungen statt.

54 „Union in Deutschland“. Informationsdienst der Christlich-Demokratischen und Christlich-Sozialen Union, Bonn (14. Jahrgang 1960).

55 Bundesgeschäftsstelle der CDU (Hrsg.): Wahlenanalyse für das Gebiet der Bundesrepublik zur Vorbereitung der Bundestagswahl 1961. Bonn o.J. – Vgl. auch Nr. 19 Anm. 25.

11. Schulungstagungen für den Wahlkörper finden ab 1. September 1960 in Eichholz statt und dauern jeweils vier bis fünf Tage. Teilnehmer sind die Wahlkreisgeschäftsführer und die aktivsten Mitarbeiter. Die Bundestagsabgeordneten bzw. -kandidaten sollen zugezogen werden.

12. Sehr eingehend ist die Arbeit in den Verbänden behandelt worden. Sehr gewirkt haben die Aussprachen, die zwischen einer Reihe von Frauen und dem Bundeskanzler stattgefunden haben. Frau Brauksiepe ist auf diesem Gebiet besonders rührig tätig. Eine besondere Rolle spielt die Arbeit im Bereich der Vertriebenen. Die SPD führt mit den Vertriebenen Tagungen in ihren Akademien durch und erzielt dabei eine starke Wirkung. Ein Versuch, in Eichholz etwas Ähnliches zu machen, ist an der Termingestaltung gescheitert, weil bei den Referenten zu große Unsicherheit über deren Erscheinen besteht. Hier muß ein Wandel eintreten, weil man sonst nicht weiterkommt. Diese Erscheinung gilt nicht nur für den Bereich der Vertriebenentagungen.

13. Auf den Erfahrungen aus 1957 aufbauend wurden die Werbemaßnahmen und Werbeträger überprüft. Entscheidungen sind nicht getroffen worden, zwei Agenturen wurden besichtigt, sämtliche Plakatanschlagtafeln sind belegt. Die Agenturen Hegemann und die Werbe-GmbH sind mit der Vorbereitung der Anzeigen und der Plakatierung betraut.⁵⁶

14. Für die Wahlkämpfe in den Kommunalwahlländern ist es gelungen, eine gewisse Einheitlichkeit in der Wahlkampfführung zu erreichen. Die Agentur Hegemann erarbeite dafür ein einheitliches Wahlplakat.

15. EMNID ist mit einer entsprechenden Untersuchung beauftragt (Motivationsforschung)⁵⁷, was in der Wahlpropaganda zu tun ist; erste Ergebnisse sollen Ende Juli, Endergebnisse im Herbst vorliegen. Daneben läuft noch eine andere Untersuchung, um eine gewisse Kontrolle zu haben.

16. Zwischen Bundesgeschäftsstelle und Landesverbänden ist eine sehr enge Zusammenarbeit hergestellt. Schriftsätze, allgemeines Flugblattmaterial, Trickfilme und ähnliches werden gemeinsam erarbeitet.

17. Die Bundespartei bereite die Reise von ein bis zwei Herren nach Amerika vor, um die dortigen Wahlen zu beobachten; vorgeschlagen sind Dr. Heck und Dr. Kraske.

Zusammenfassend ist zu sagen, daß man keinen Wahlkampf führen kann, wenn man nicht einig ist, wenn nicht der Begriff des Teamworks wieder zu Ansehen kommt. Die Koordinierung der Termine ist dafür ein gutes Beispiel. Hier muß noch viel geschehen, um die Parteiprominenz wirklich voll zum Einsatz zu

⁵⁶ Dazu Materialien in ACDP I-544-015/2.

⁵⁷ Vgl. die EMNID-Reihe von Karl-Georg von STACKELBERG u.a.: „Voraussetzungen für die Wahlentscheidung“. Eine Untersuchung zur Klärung der politischen, ökonomischen, soziologischen, psychologischen und kommunikativen Faktoren, die auf die Wahlentscheidung des Einzelnen einwirken. 9 Teilbde. Bielefeld (1961). Vgl. Nr. 19 Anm. 23.

bringen. Ein besonderer Punkt ist die Koordinierung der Propagandamittel in den Bundesressorts, die unter einem gemeinsamen Gedanken eingesetzt werden sollten. Die Bundesminister sollten bereit sein, hier eine gemeinsame Linie zu erarbeiten. Vor allem sollte vermieden werden, daß das gleiche zweimal gemacht werde. Es empfiehlt sich, wenn der Bundeskanzler diese Frage mit den Ministern bespricht.

Das Fernsehen muß besser gepflegt werden. Wenn man dort die Dinge vernünftig zur Anschauung bringt, hat das eine positive Wirkung in der Bevölkerung. Auf diesem Gebiet ist bis jetzt zu wenig geschehen.

Drei wesentliche Fragen, so fährt *von Hassel* fort, seien besonders zu bearbeiten: die generelle Überprüfung der gesamten Organisation, die rechtzeitige Aufstellung der Kandidaten und die Verbesserung des Standards der Kandidaten. Dabei müsse besonders Herr Dr. Krone mithelfen. (*Adenauer*: Warum wollen Sie Dr. Krone dafür verantwortlich machen? Glauben Sie, daß Dr. Krone etwa an die Wahlkreise schreiben kann, wenn es nicht klappt? Dieses Thema haben wir vor vier Jahren genauso behandelt. Damals hat Herr Dr. Krone auch gesagt, er werde sich hüten, derartige Mitteilungen an die Wahlkreise zu geben.) Das dritte sei die Arbeit im vopolitischen Raum, die im Laufe des Winters im wesentlichen erledigt werden müsse.

Der eigentliche Wahlkampf werde etwa am 1. August 1961 beginnen, also sechs Wochen dauern. Dafür sei zu prüfen, wie man sich den anderen Parteien gegenüber einstellen will. Der BHE sei außerordentlich zerrissen, habe in den verschiedenen Ländern eine verschiedene Einstellung, auch die FDP sei von Land zu Land verschieden. Beim BHE habe Herr Seiboth⁵⁸ erklärt, daß er bereit sei, die Wege für ein Zusammengehen zu ebnen, wenn man 1961 gemeinsam die Regierung bilde. Er könne sich im Bundesvorstand des BHE durchsetzen, habe die Chance, die 5%-Klausel zu überspringen. Seiboth werde wohl über nationale Politik weiterreden und damit eine Menge Leute hinter dem Ofen hervorlocken, wenn man ihm nicht den Wind aus den Segeln nehme. Deswegen soll man das Gespräch mit dem BHE sehr ernst nehmen. Über das Verhalten den anderen Parteien gegenüber solle man sich bald aussprechen.

Adenauer bringt den Dank aller für diese umfassende Tätigkeit des Wahlgremiums zum Ausdruck. Ein Gespräch über das Verhalten zu den anderen Parteien halte er für verfrüht. Das würde bekannt werden, und diese Sache würde dann hochgespielt werden. Es seien aber nichtoffizielle Gespräche mit der FDP im Gange. Was die Bildungspolitischen Tage in Gelsenkirchen angehe, so habe er Zweifel, ob das der richtige Platz für eine Kulturtagung sei.

Kraske antwortet, daß der Versuch, die Veranstaltung in Essen oder Bochum durchzuführen, an Raumfragen gescheitert sei. Man sei grundsätzlich davon ausgegangen, daß die Tagung im Industriegebiet stattfinden solle.

58 Frank Seiboth (geb. 1912), 1953–1957 MdB (GB/BHE), 1959–1966 MdL Hessen (seit 1967 SPD), 1967–1975 Staatssekretär im hessischen Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt.

Adenauer verweist darauf, daß Allensbach Leute von 16 bis 29 Jahren befrage; eine solche Befragung sei doch weggeworfenes Geld. Auf diesen Punkt müsse man besonders achten. In dem Referat Hassels habe man nichts über Geld gehört. Man habe Pläne und Maßnahmen, aber die Frage des Geldes sei ungeklärt.

Scheufelen berichtet, daß er Anfang April zusammen mit Dr. Kraske mit Herrn Dr. Stein gesprochen habe. DM 750.000,– seien für das Anlaufen der Maßnahmen bereitgestellt. Für das nächste Jahr seien Mittel im gleichen Umfang wie bei der letzten Bundestagswahl zu erwarten. Mit Rücksicht auf das Karlsruher Urteil⁵⁹ habe man zunächst über 7 Millionen DM verhandelt. Der Weg, den das Geld gehen soll, sei nicht geändert worden, weil sonst eine starke Dezentralisierung notwendig wäre. Der zentrale Weg führe natürlich zu ganz anderen Beträgen als die dezentralisierte Aufbringung.

Adenauer bemerkt dazu, daß man doch ein Programm für den Wahlkampf zeigen müsse. Herr Dr. Stein sei vorgestern bei ihm gewesen, und dabei sei auch über das Geld gesprochen worden. Er, der Bundeskanzler, habe gesagt, man komme mit 10 Millionen DM nicht aus. Daraufhin sei auf die Landesverbände verwiesen worden, die doch auch Geld lieferten. Wenn man aber über diese Dinge verhandeln wolle, dann müsse man doch ein Programm haben und sagen können, was das kostet und wieviel die Landesverbände liefern. Es müsse eine Rechnung über den Wahlkampf erarbeitet werden, weil man doch wissen müsse, wie hoch das ganze Programm komme.

Kraske erwidert, daß das vorgetragene Programm für 1960 sei und daß Dr. Stein die Mittel dafür zugesagt habe. Über die eigentliche Wahlkampfplanung könne nur im engsten Kreise gesprochen werden, sie sei hier noch nicht enthalten.

Adenauer weist noch einmal darauf hin, daß es notwendig sei zu wissen, was das alles kostet, daß man eine Schätzung haben müsse, wieviel man bekomme, um dann entscheiden zu können, wo gekürzt werden müsse.

Von Hassel wiederholt, daß es sich bei dem Vorgetragenen um die Planung für 1960 handele. Der eigentliche Wahlkampf sei nicht eingeschlossen. Aber die Vorstellungen bewegten sich im vorgetragenen Rahmen.

Adenauer erklärt, daß er Herrn Dr. Stein oder Herrn Dr. Berg⁶⁰ nicht sagen könne, daß man mit 10 Millionen DM nicht auskommen werde, wenn er nicht einen Plan darüber habe, wie die Rechnung aussehe. Das sei für die Besprechungen sehr wichtig.

Stoltenberg verweist darauf, daß gewisse Dispositionen schon jetzt getroffen werden müßten. So müsse er z.B. binnen zehn Tagen wissen, ob Gelder für die Frankfurter Veranstaltung der Jungen Union gegeben werden. Er wäre für einen Beschluß dankbar, weil sonst die Halle vergeben sei.

⁵⁹ Vgl. Nr. 10 Anm. 65.

⁶⁰ Vermutlich Fritz Berg (1901–1979), 1949–1979 Präsident des BDI. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 309 Anm. 93.

Adenauer antwortet, daß man das genauso machen solle wie mit der Westfalenhalle. Er bestehe aber darauf, daß ein Gesamtplan für die Verhandlung mit Herrn Dr. Stein gemacht werde.

Von Hassel sagt die Unterlagen zu, sobald sie fertig seien. Auch der Bundesparteitag in Köln müsse festgelegt werden; er werde in der Messehalle stattfinden.

Gerstenmaier bringt zum Ausdruck, daß er gegen diese Hallen à la Karlsruhe sei. Er fragt weiter, ob man sich auch mit den negativen Erfahrungen befaßt habe, die man mit dem alten Stil der Wahlkämpfe gemacht habe. Dieser Stil gehe doch einfach zu Ende. Die SPD habe sich schon viel entschiedener auf diese Tatsache eingestellt, während die CDU diese alte Walze noch immer drehe, mit einer Flut von Papier und der mühsamen Sache, in jeder kleinsten Gemeinde auftreten zu müssen. Seit 1957 sei doch eine qualitative Veränderung im Gebrauch der Massenmedien eingetreten. Vom Radio halte er nicht sehr viel, dagegen spiele das Fernsehen eine große Rolle und werde für den kommenden Wahlkampf von außerordentlicher Bedeutung sein. Man werde sich klarwerden müssen, wie man es handhabe, ob die Auseinandersetzungen als Streitgespräche oder in welcher Form auch immer stattfinden sollen; dabei könnten die Massenmedien nur einem ganz kleinen Kreis verfügbar sein, weil jedes schiefgegangene Experiment mehr koste, als andere wieder aufbauen können.

Adenauer verweist darauf, daß es unterdessen 20 Uhr geworden sei. Er habe es satt und genug; ein so ernstes Thema müsse in Ruhe besprochen werden, und man müsse Sachverständige hinzuziehen.

Von Hassel bemerkt, daß die Konservativen ein eigenes Fernsehstudio hätten, in dem sie ihre Leute schulen.

Adenauer erklärt, daß er versuchen werde, die Propagandamittel der Minister aufeinander abzustimmen; diese Aufgabe werde Herr von Eckardt übernehmen. Er sei im übrigen dafür, daß ein Wahlgesetz gemacht werde, das eine Bundesliste bringe.

Gerstenmaier versichert, daß auch er für eine Bundesliste sei, aber ohne Erhöhung der Abgeordnetenzahl.

Schröder setzt sich dafür ein, diese 10 %, die für die Bundesliste notwendig seien, gemeinsam von allen Landesverbänden zu tragen.

Gerstenmaier ist überzeugt, daß man die vorgesehenen Leute auch auf den Landeslisten durchbringen könne. Man müsse doch verstehen, daß er nicht der Erhöhung der Abgeordnetenzahl zustimmen könne.

Adenauer meint, daß Herr Dr. Gerstenmaier noch viel mehr leiden müsse.

Dann schließt er die Sitzung um 20.10 Uhr.